Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. 1930-1930
1930

37 (13.9.1930)

Visual Library

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatl. für Deutschland 0.80 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4.50, f. Oesterreich S. 1.40 ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Ausgabe für Baden

Herausgeber und gesamtverantwortlich: Vitus Heller, Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a. Fernruf Nr. 6015. Postscheckkonten: Verlag 12329 Nürnberg, Parteikasse 32038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

NR. 37 / 11. JAHRGANG — SAMSTAG, DEN 13. SEPTEMBER 1930 — EINZELNUMMER 20 PFG.

Letztes Signal!

Wieder gilt es! Eine weitere Entscheidung für das schaffende Volk ist zu schlagen.

Nicht mit Stuhlbeinen und Maßkrügen, mit dem **tiefen sittlichen Wollen und der letzten Entscheidung** schlagen wir die Wahlschlacht! Unsere Mittel sind klein! Aber wir sind **frei, unbezahlt, und nur Freie können zur Freiheit führen!**

Mit uns ist die **Zielklarheit!** Mit uns ist **die Wahrheit!** Mit uns ist **die letzte Entscheidung!**

Wir wollen **die organisierte Notwehr im Untergangsstadium unseres Volkes sein!**

Brot und Wahrheit, Wahrheit und Freiheit heißt unsere Parole!

Eine Frage steht für das gesamte Volk zur Entscheidung: **Wie verschaffen wir dem 69-Millionenvolk Brot und Arbeit? Wie geben wir den 69 Millionen die natürliche Grundlage für ihr sittliches Menschensein? Wie gestalten wir eine Wirtschaft, die die drei Millionen Arbeitslose einordnet in den Produktionsprozeß? Wie erstellen wir eine Wirtschaftsordnung, welche das Volk der Bauern und Mittelständler vor der Verproletarisierung bewahrt? Wie erstellen wir eine Wirtschaftsordnung, welche das Proletariat aus dem Proletensein erlöst?**

Die alte Politik ist am Ende! **Keine Maßnahme der Regierung Brüning,** keine Parole der Zentrumspartei, Hugenbergs, der neuen Staatspartei ist imstande, **die Grundfrage unseres Volkes zu lösen!**

Keine dieser Mächte und Parteien und Regierungen vermag die **Finanzfrage** zu lösen! Reich, Länder und Gemeinden stehen vor dem finanziellen **Bankrott!**

Keine dieser Parteien packt **dort** an, wo allein angepackt werden muß: **Bei den Geldsäcken, den Gewinnhaschern, den Ausbeutern der Massen!**

Alle sogenannten **großen Parteien** haben ihre **totale Unfähigkeit bewiesen,** diese Dinge zu ordnen. Sie sehen selber keinen Weg aus dem ganzen Chaos! Jede Stimme für sie ist zum Fenster hinausgeworfen, denn **sie werden und können nach den Wahlen nichts Grundlegendes ändern!**

Du, schaffendes Volk, kannst es allein ändern:

Keine Stimme einer diesen **„großen Breiparteien!"**

Keine Stimme den Parteien, welche die **Lasten des Youngplanes** auf die breiten Massen abgeladen haben. Keinen Pfennig der zwei Milliarden haben sie auf den großen Besitz, das Großkapital, die Schwerindustrie abgeladen.

Keine einzige Steuer für diejenigen, welche die Riesengewinne einheimsen und die Millionen zusammenrafften, haben diese Parteien bis heute im letzten Reichstage geschaffen! **Alle geschaffenen Steuern waren Steuern für die unteren, breiten Massen!**

Es **ist nicht gespart worden** am Auswärtigen Amt, an den Staatsgehältern der Botschafter und **Gesandten,** an den **Riesenpensionen.** Sie lassen nicht rütteln am unsinnigen **Wehretat,** der von 240 Millionen 1924 auf über 700 Millionen 1930 gestiegen ist. **100 Millionen sparten sie an den Arbeitslosen, 20 Millionen an der Invalidenversicherung, 10 Millionen an den Kranken der Krankenkassen!**

Keine dieser Parteien ist einmal daran gegangen, den **übermäßigen Reichtum** der Millionäre **wegzusteuern!** Dem Reichtum ließen sie neue Millionen zuwachsen, das Elend unten weiter vergrößern. Sechs Millionen wurden seit 1919 weiter ins enteignete Proletariat gestoßen!

Den Großgrundbesitzern gaben sie hohe Kornzölle, den kleinen Gerstenbauern miserable Gerstenpreise und Senkung der Gerstenzölle. Hunderttausende von Tonnen Korn machten sie unbrauchbar für die menschliche Nahrung, die Millionen der Arbeitslosen, Rentner etc. haben kein Brot!

Keine Stimme den Parteien, welche das **Notopfer** für die oberen Zehntausende abgelehnt haben und dafür ein Notopfer einführten, das den letzten Briefträger belastet!

Keine Stimme den Parteien, welche die **kinderreichen Familien** belasteten mit den **Konsumsteuern** und für die Ledigen Extrabesteuerung der **Ledigensteuer** bis zum letzten, armen Arbeiter durchsetzten!

Keine Stimme den Parteien, welche **Preisabbau** betreiben, der nur die **Löhne weiter drückt,** aber keinen Pfennig von der **Gewinnquote** der Aktionäre, Dividendenheischer und Tantiemenempfänger wegstreicht!

Keine Stimme jenen „großen" Parteien, die durch ihre Politik es ermöglichen, daß über **10 Milliarden Mark deutsches Kapital ins Ausland** verschoben worden ist, die diesen Landes-Volksverrätern noch eine Extraerleichterung, eine Prämie [illegible] **wollen, wenn sie — wie das Zentrum (Stegerwald-Brüning) — sogar an Steuererleichterung** für diese Kapitalverschieber denken!

Keine Stimme jenen Parteien, die, statt den **Großgrundbesitz** zu enteignen und den Osten mit einem gesunden Bauerntum zu bevölkern, den Großagrariern noch **Millionensubventionen** zur Aufrechterhaltung ihrer unfähigen Wirtschaftsbetriebe geben.

Keine Stimme den „großen"Parteien, welche im letzten Jahre den deutschen **Schwerkartellen an Subventionen zwei Milliarden versorgt haben,** während kein Geld da ist für die **Arbeitslosen,** für die **Inflationsretner,** für die **Kriegsbeschädigten!**

Keine Stimme diesen „großen" Parteien, die nur noch Interessenhaufen geworden sind, den Wahlkampf mit **Demagogie, Verlogenheit** und dem **Geldsack** führen!

Keine Stimme den „großen" Parteien, die die **große Einheitsfront der Arbeiter, Bauern, Angestellten, Handwerker, kleinen und mittleren Beamten verhindern** und es niemals zu jener **wirklichen Volksmacht** kommen lassen, welche **den Staat in ihre Hand** nehmen muß, um die **Wirtschaft zur Planmäßigkeit** und zur **Bedarfsdeckung** und **Arbeitsbeschaffung** für das gesamte Volk zu zwingen!

Keine Stimme all diesen Parteien, von den Deutschnationalen bis zur S.P.D., die **keine einzige Gewähr** dafür bieten, daß sie einmal **grundlegend aufräumen mit dem ganzen Schwindel** und die **kapitalistische Ausbeuterwirtschaft** abbauen, um die Planwirtschaft des „schaffenden Volkes" zu erstellen!

Keine Stimme diesen „großen" Parteien, die **bisher regierten,** ob sie Zentrum, Deutsche Volkspartei, S.P.D. heißen. Diese Parteien haben **bewiesen, daß ihre Politik das Volk in die heutige Lage gebracht hat!** Daß es an allen Ecken und Enden einfach unerträglich geworden ist, daß **das Chaos** immer größer einsetzt, daß die breiten Massen immer mehr **verelenden, die Arbeitslosigkeit zunimmt, unten die Armut, oben der Reichtum gewachsen** sind, daß die **christliche,** die **sittliche Familie** zerschlagen ist, dies deutsche Volk am **Absterben und im Untergang** sich befindet, daß es in keinem

Volke der Welt so trostlos ausschaut, als gerade in unserem deutschen Volke!

Eure Stimme den Männern der Partei,

die eintritt für:

Die Einheitsfront aller Schaffenden! Für die Gewissensfreiheit aller Bekenntnisse! Für den Machtstaat der schaffenden Massen und für eine Wirtschaft durch die Macht dieses Staates, in welcher der Mensch den Ausschlag gibt, nicht der Gewinn! Land den Bauern! Arbeitsstätte und Eigentum den Arbeitern! Die sittlichen Gottesgebote in der praktischen Politik! Keinen Groschen für Heer, Krieg, Mord und Vernichtung! Kein Gehalt, weder im Staate noch in der Privatwirtschaft über das Durchschnittseinkommen des Volkes, über 1000 Mark! Kampf, Befreiungskampf der schaffenden Massen aller Bekenntnisse, der Bauern, Arbeiter, Mittelständler mit dem Ziele einer klassenlosen Gesellschaft! Freiheit des Volkes im Innern von der Plutokratie, dem Geldsack, der Ausbeutung! Damit Freiheit des deutschen Volkes nach außen! Freiheit von Tributzahlungen an die amerikanische Bank-Hochfinanz! Freiheit vom Versailler Vertrag: Wirkliche Friedensorganisation der europäischen Völker!

Das ist die Christlich-Soziale Reichspartei!

Darum wählt: klein, aber rein und zielklar:

Liste 11!

Großagrarier, Bauern und Volk?

Deutschland wird trotz der **katastrophalen Wirtschaftslage** eine Wirtschaftspolitik vor und seit der Aera Brüning getrieben, die **an Wahnsinn und Verbrechen** grenzt.

Wir meinen damit die Wirtschaftspolitik, **die Zölle auf Roggen erhöht, die Millionen Subventionen an die Junker des Ostens gibt, die Roggenstützungsaktionen mit den Steuergroschen des Volkes unternimmt und Millionen zum Fenster hinauswirft, ohne dabei an der wirtschaftlichen Krisis etwas ändern zu können.**

Bekanntlich bauen wir in Deutschland durch die Tatsache des **Großgrundbesitzes etwa 2 Millionen Tonnen Roggen zuviel!** Diese Großagrarier sind nicht, wie die **Kleinbauern, Erzeuger von Milch, Butter, Obst, Gemüse, Eier** — die muß das deutsche Volk vom Auslande holen und jährlich gehen damit **4 Milliarden** Mark dem deutschen Volke verloren, das Doppelte von dem, was es an Reparationen leisten muß. Die Junker des Ostens bauen **Roggen und Kartoffel!** Da das deutsche Volk aber nicht soviel Roggen verzehren kann, hat die Reichsregierung zur **Roggenstützungsaktion** gegriffen. Dahinter steht die grüne Front der Herren **Crone-Münzebrock, des Aufsichtsrates beim Wahrenhauskonzern Karstadt. Diese Roggenstützungsaktion ist ein einziger volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Skandal!** Zuerst wurden Hunderttausende von Zentn Roggen **denaturiert,** d. h. für die menschliche Ernährung unmöglich gemacht. Dann wurden Millionen eingesetzt, damit auf dem Markte Roggen in großen Mengen **aufgekauft** werden kann. Am letzten Donnerstag wurden 35 000 Tonnen Roggen von dieser Stützungaktion aufgekauft, am Mittwoch 24 000 Tonnen.

Nun erhebt sich aber die Frage: **Was macht die staatliche Stützungsaktion mit dem Roggen, den sie aufkauft?** Kein Mensch kauft ihn ihr ab. Das Reich hat bereits **20 Millionen hineingebuttert, die verloren sind!** 20 Millionen sind also direkt den Junkern von deutschen Steuergroschen geschenkt worden. Um diesen Roggen der Großagrarier loszubringen, will man dafür sorgen, daß statt **Gerste, Roggen** an die Schweine verfüttert wird. Man hat also die **Roggenzölle erhöht** und jüngst **die Gerstenzölle herabgesetzt! Die Gerste** wird aber in Deutschland vor allem in Süd- und Mitteldeutschland von den **Kleinbauern** gebaut. Diese werden also **den Geldsackinteressen der Großjunker geopfert!** Und dabei machen die Herren der bayerischen, württembergischen, badischen christlichen Bauernvereine tapfer in der grünen Front der Herren Ostjunker mit und lassen ihre Bauern über die Löffel barbieren!

Es ist geradezu **ein Skandal,** daß wir in Deutschland nicht an die **grundlegende Organisierung der deutschen Landwirtschaft** herangehen! Bei wirklicher **Planwirtschaft,** wo der **Großgrundbesitz abgebaut,** der ganze landwirtschaftliche Betrieb im Osten etc, vielmehr auf **kleinbäuerliche Produktionsweise** eingestellt und umgestellt würde, sodaß dort nicht nur Roggen und Kartoffeln gebaut würden mit polnischen Arbeitskräften, sondern, daß die Kleinbauern Viehzucht betreiben, **Milchwirtschaft,** sich **Hühner** halten, **Hühnerhöfe** angelegt und **Eier** produziert werden, **Obstbau** getrieben wird etc. Mit einer solchen **Betriebs- und Produktionsumstellung** in Deutschland könnten wir das deutsche Volk selber mit den Nahrungsmitteln ernähren, die aus der deutschen Bodenproduktion möglich sind. Zudem könnten noch mindestens **5 Millionen Menschen in Bauernwirtschaften existenzfähig** gemacht werden, eine Zahl, die die Quote der zu erwartenden Arbeitslosigkeit erreicht. Es gäbe dann, schon bei dieser einzigen Umordnung, **keine Arbeitslose mehr in Deutschland!**

Eine zu gleicher Zeit einsetzende **Umorganisierung der deutschen Industrie,** die sich darauf einstellen müßte, die Landwirtschaft mit allen nötigen Maschinen und technischen, kleintechnischen Notwendigkeiten zu versorgen, würde in einer solchen Planwirtschaft unserer Volkswirtschaft unsere gesamte deutsche Produktion immer mehr **unabhängig machen vom Weltmarkte** und **von Absatzplätzen.** Diese werden uns draußen, im Osten wie im Westen, durch die Entwicklung ohnedies immer mehr abgeschnitten. Wir würden eine **starke Wirtschaft** führen können!

Wir wissen, daß dazu notwendig ist: **Das machtvolle, diktatorische Eingreifen des Staates!** Dieses diktatorische Eingreifen des Staates **gegenüber den Wirtschaftsmächten** wird aber bei den **heutigen bürgerlichen** Parteien niemals erfolgen können. Selbst die **SPD,** die von solchen, besonders landwirtschaftlich-industriellen Betriebsfragen soviel wie nichts versteht, wird hier nicht anzupacken wissen, sowenig, wie 1918! Es ist also nötig, daß die **Front der Schaffenden,** die sich dieser Aufgabe bewußt ist, **die Macht im Staate ergreift** und mit dieser Macht die **notwendige** Diktatur walten läßt, **um die Wirtschaft in diese Planordnung zu zwingen** und wirklich für das nächste Jahrhundert dem Volke eine neue Grundlage für sein Sein und seine Entwicklungs- und Lebensmöglichkeit zu geben.

Diese wirtschaftlich-soziale-finanzielle Frage, die Frage von Wirtschaft, Volk und Mensch, die soziale Frage, ist die eigentliche Grundfrage, um die sich alles dreht! Alle anderen Fragen treten vor dieser Aufgabe in den Hintergrund! Ohne Lösung **dieser** Frage gibt es auch auf **allen anderen Gebieten keine Neufundierung, keine Gesundung und Besserung!**

Die CSRP. ist sich gerade **dessen** bewußt und sie kämpft um die Macht der Schaffenden, um diese ersten Lebensfragen unseres Volkes anpacken und regeln zu können.

V. H.

★

Wo sind die Arbeiter? Wo sind die Bauern?

Das deutsche Volk hat 24 Millionen Arbeiter, 14 Millionen Bauern, 5 Millionen Mittelständler. Im Volksstaat der Demokratie soll das Volk selber die Macht in der Hand haben.

Seht euch die Listen der Parteien an: Wo sind die Arbeiter, Bauern, Handwerker etc.? Seht euch die Liste des Zentrums an, vor allem seine Reichsliste! Sofort nach dem Prominenten der Partei folgen die Klöckner, die Syndikuse, Generaldirektoren, Geldsackvertreter!

Seht euch die Liste der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei an! Wo sind die Arbeiter, Bauern, Handwerker? Aufsichtsräte, Doktoren, Syndici stehen dort. Die Deutsche Volkspartei hat in den 35 Wahlkreisen nicht weniger als 21 Großwirtschaftler und Syndici aufgestellt: Dr. Hoff, Dr. Mittelmann, Dr. Schmidt, Dr. Cremer, Dr. Schifferer, Dr. Hugo, Dr. Kalle, von Gilsa, Dr. Zapf, Dr. Schneider, Dr. Beilmann und ... Dr. Moldenhauer etc.!

Arbeiter und Bauern setzte man an die letzten Stellen als „Zugmittel" für die Dummen!

Ja, es ist wahr: Wenn der Kapitalismus noch bestehen kann, sind die schaffenden Massen selber daran schuld. Sie haben 85 % des Volks-Wählerbestandes, sie haben das gleiche Wahlrecht, aber sie finden den Weg der Einigkeit nicht und wählen immer wieder ihre Metzger und Unterdrücker samt Ausbeuter selber! Immer wieder rufen wir zur Sammlung und Einigkeit dieses schaffenden Volkes auf: Nehmt euer Schicksal und dessen Gestaltung selbst in die Hand! Herein in die Einheitsfront! Seht euch die Listen der CSRP. an: Kein einziger „Prominenter"! Kein einziger „Doktor", kein einziger Aufsichtsrat oder Syndikus, oder Schwerbesitzer. Lauter Männer aus dem einfachen, schaffenden Volke!

Ist der Klassenkampf sittlich?

Im Wahlkreis Düsseldorf hat die Deutsche Volkspartei einen Herrn Schmid als Spitzenkandidaten aufgestellt. Herr Schmid gilt als Vertrauensmann des Langnamvereins, der Schwerindustrie. Als solcher ist er Staatssekretär im Ministerium für das besetzte Gebiet geworden, obwohl er gegen den Youngplan und gegen Stresemann kämpfte. Als solcher bezieht er ein Gehalt von 30 000 Mark im Jahre. Dazu hat er sich, da er einmal Beigeordneter von Düsseldorf war, von dem Stadtrat in Düsseldorf eine lebenslängliche Pension von 30 000 Mark besorgen lassen. Außerdem war er Reichstagsabgeordneter mit 750 Mark Diäten im Monat. Das macht Summa summarum so an die 56 000 Mark im Jahre.

Dagegen gibt es Hunderttausende von Menschen in Deutschland, die mit einer wöchentlichen Unterstützung von 5.50 bis 24 Mark ihre Familien ernähren sollen. Daneben gibt es noch in Baden eine Tabakfabrikation, die den Arbeitern in der Woche Löhne von 7.50 bis 12 Mark auszahlt!

Wenn nun die Massen der 7.50 Mark, der 8.50, der 12 und 24 Mark verlangen, daß Herr Schmid etwas weniger bekomme und sie etwas mehr — wenn die Masse dieser Ausgebeuteten aufsteht und ihr Recht zum Leben fordert, wo eine kleine Schichte nicht weiß, wie und wo sie ihre Tausender verprassen sollen — dann soll ein solcher Kampf der Klasse der 7.50-Mark-Bezieher gegen die der 56 000 Mark-Bezieher unsittlich sein????

Zentrumspolitik.

In der letzten Sitzung des Oberamtes Mergentheim (Württemberg) wurde beschlossen, nun endlich auch zu sparen. Aber man hat nicht beschlossen, oben zu sparen, sondern man will im Jahre 20 000 RM. sparen bei den schlecht bezahlten des Oberamtes, bei den Straßenwärtern. Wie lange wird das Volk sich dies noch gefallen lassen? Echte Zentrumspolitik!

Tatsachen und Blitzlichter!

Heer, Waffen, Krieg! In einer sozialdemokratischen Versammlung zu Köln forderte der Diskussionsredner des Zentrums, Gewerkschaftssekretär Flohr aus Köln, wieder ein Heer von 700 000 Mann. Diese Zentrumsleute scheinen vom letzten Krieg nicht genug zu haben an Millionenmord, an Vernichtung ungeheurer Werte, an Zerrüttung aller Sittlichkeit, an Niederlagen und Tributzahlungen. Sie scheinen auch in heutiger Not, wo kein Geld da ist für Kriegskrüppel und Arbeitslose, und das jetzige Heer mit Marine schon über 700 Millionen verschlingt, dem deutschen schaffenden Volke noch weitere Millionenlasten an weiteren Wehrausgaben aufbürden zu wollen. Man kann es begreifen, wenn ehemalige Kapitäne (Brüning) ihre militärischen Freunde (Treviranus) in die Regierung holen, wenn sie Hindenburg ihrer „nationalen Zuverlässigkeit" versichern und bestrebt sind, einen Reichstag der Generäle dem Volke aufzusetzen. Wenn der Kapitalismus sich in den inneren Kriisen nicht mehr zu helfen weiß, greift er nach dem Kriege! Aber wir verstehen jene **christlichen Arbeiter** in ihrem natürlichen sittlichen Denken nicht mehr, die immer noch solchen Führern nachlaufen, die sie der neuen Schlachtbank ausliefern wollen.

Geld schlägt die Schlachten! Die SPD. läßt ein ganzes Flugzeuggeschwader in den Dienst der Wahlpropaganda stellen. Fünf Flugzeuge des „Sturmvogel" werden einen Rundflug von 14 Tagen durch ganz Deutschland veranstalten. Den denkenden ausgebeuteten Proletariern werden diese 5 Flugzeuge nur sagen, welche Summen eine Proletarierpartei allein für den Wahlkampf verwenden kann, Summen, die in die Millionen gehen. Was unterscheidet dann diese Partei noch von irgendeiner kapitalistischen Partei? Woher kommen die Millionen zum Wahlkampfe? Die armen arbeitslosen Proleten können diese bestimmt nicht aufbringen. Und die anderen Geldgeber fördern die Gelder in der Politik mit Zins und Zinseszins zurück! Das denkende schaffende Volk müßte gerade den Gradmesser der Sauberkeit und Konsequenz darin sehen, daß es jene Parteien als die wahrhaftigen und ehrlichen erkennt, die am wenigsten Wahlpropaganda machen können, **weil sie keine Gelder haben!**

Das „Dritte Reich". Der erste Minister der Nationalsozialisten, Frick, bekannte im Thüringischen Landtage, daß er während des Krieges schon daheim war. Der Führer Göbbels oblag während des deutschen „Heldenkampfes" seinen Studien in der Heimat. Graf Reventlow saß in dieser Zeit in den Räumen der „Deutschen Tageszeitung".

Gemeinwohl vor Eigennutz. Die „Frankfurter Zeitung" meldet, daß Hitler sich für jede Versammlung 200 Mark auszahlen lasse, die anderen Redner 150 bis 100 Mark. General Litzmann soll, wie der „Nationale Sozialist" meldet, für jede Versammlung 75 Mark bekommen, Pastor Münchmeyer auch 75 Mark. Wenn eine Zeitung wie die „Frankfurter Zeitung" dies schreibt, dürfte es stimmen. Dann ist aber das ganze „Gemeinwohl" eine schöne Phrase, sonst nichts! Das ist kein Führertum, das sich für das Volk opfert, und es ist hier kein Unterschied zwischen solchen Führern und heutigen Parteibonzen, die um Ministersessel kämpfen!

Die Freunde. Das „Bayerische Vaterland" berichtet, daß die eigentlichen Gegner Dr. Helds, des bayerischen Ministerpräsidenten, nicht innerhalb der SPD. oder des Bauernbundes seien, sondern in der eigenen Partei Dr. Helds selbst. Dort seien Freunde, besonders vier 5.—, denen Held zu ihrem „Emporsteigen" zu lange im Wege sei! Genügt! Es ist ein großer Interessenhaufen, sagte Dietrich im Reichstage!

Arbeiterpartei? Bei der Hitlerversammlung in Essen wurden vor dem Versammlungslokal 15 Luxusautos und über 1000 andere Autos gezählt. Parteigenossen, die in Luxusautomobilen zu Versammlungen fahren, dürften wohl nicht in der Front der Arbeitslosen und Verelendeten stehen!

Bata in Deutschland. Der tschechische Schuhfabrikant Bata, über dessen Ausbeutungssystem die Presse seit Jahren berichtet, hat von der preußischen Regierung in Oberschlesien großes Waldgelände zur Errichtung einer Schuhfabrik gekauft. Damit werden die kleinen Schuhfabriken in Firmasens usw. wohl vollends ihre Betriebe schließen müssen, wenn diese Monopoltrusts immer weiter vorrücken. Und einer solchen Entwicklung bietet eine preußische Regierung von Sozialdemokraten und Zentrum noch die Hand!

Auch ein Geschäft!

Anläßlich der Manöver der Reichswehr in Franken findet in Römhild eine Hindenburgparade statt. Man hat große Tribünen errichtet, von denen man Hindenburg im Angesichte sehen kann — die Preise der Plätze auf den Tribünen sind 5.— bis 12.— RM. Also eine schöne „Rarität" für gute Preise zu sehen. Armes Volk!

Preisabbau, Lohnabbau oder Profitabbau?

Wir verweisen immer darauf, daß der von der Regierung Brüning begonnene „Preisabbau", der eine Lösung der Wirtschaftskrisis bringen soll, nur auf den Schultern der Arbeiter abgeladen wird in einem großangelegten Lohnabbau. Es ist ein Anachronismus, wenn die Regierung Brüning auf der einen Seite die Zölle erhöht, die Handelsverträge kündigt, um die Preise zu erhöhen, und auf der anderen Seite Preisabbau einsetzen will. Die Kartelle setzen die Preise herab, jawohl! Aber niemand wird glauben, daß sie das tun mit Verzicht auf nur einen Pfennig Gewinn und Dividenden! Sondern sie wälzen den Preisabbau auf die Arbeiterschaft in Form von Lohnabbau ab. Dann springt die Katze auf den alten Füßen!

Nachdem in Nordwest, bei der Metallindustrie, im Bergbau etc., die Tarife gekündigt sind, um Lohnabbau herbeizuführen, ist jetzt auch 24 000 Angestellten der Bergbaugesellschaften zum 30. September gekündigt worden.

Die Arbeiterschaft und Angestelltenschaft muß ganz klar sehen, daß bei allen schönen Reden der Brüning und Stegerwald, bei allen wirtschaftlichen Aktionen, wie Preisabbau etc., die Kapitalisten niemals auf das verzichten, was das Grundgesetz des Kapitalismus bedeutet: auf ihren Gewinn! Jeder Preisabbau ist, wie jede Zollerhöhung, von den breiten, sozial schwachen Massen unten zu tragen! Mit all dieser Flickschusterei löst man die heutige Wirtschaftskrisis und vor allem die soziale Frage nicht. Es gibt nur eine **Lösung: Beseitigung des ganzen Prinzips des kapitalistischen Systems!**

Nationalsozialismus . . . der Sozialismus der Dummen.

„Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter."

(Karl Marx, „Kommunistisches Manifest", bei der Kritik des „feudalen Sozialismus".)

„So waren wir uns bereits im Jahre 1919 darüber klar, daß die neue Bewegung als **oberstes** Ziel zunächst die **Nationalisierung** der Massen durchführen muß.

Daraus ergibt sich in taktischer Hinsicht eine Reihe von Forderungen:

1. Um die **Masse der nationalen** Erhebung zu gewinnen, ist kein **soziales** Opfer zu schwer . . .
2. Die **nationale** Hebung der breiten Massen kann nur über dem **Umweg** einer **sozialen** Hebung stattfinden . . ."

(Adolf Hitler, „Mein Kampf", I. Band, Seite 356/357.)

Warum läßt Hitler also den Sozialismus predigen? „Aus **taktischen** Gründen", um die Massen der **nationalen** Erhebung zu gewinnen". Denn „**oberstes** Ziel" ist und bleibt ja die „**Nationalisierung** der Massen" und die „**sozialen** Opfer" dafür sind ja nur ein „**Umweg**" dazu.

„Sozialismus heißt **schicksalsmäßiges Angewiesensein aller Volksgenossen aufeinander**". (Goebbels-Mjölnir, „Die verfluchten Hakenkreuzler", Seite 7.)

„**Sozialismus ist Gemeinschaftsgeist.**" (Alfred Rosenberg, „Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP.", Seite 8.)

„Der wahrhaft nationale Mensch denkt sozialistisch, der wahre Sozialist ist **Nationalist.**" (Dr. Joseph Goebbels, „Das kleine abc des Nationalsozialisten", Seite 4.)

„**National** und **sozial** sind zwei identische **(gleiche) Begriffe.**" (Adolf Hitler, „Hitlerbüchlein" von Georg Strasser, Seite 14.)

„Sozialismus ist **Nationalismus**".

Hitler versteht also unter „Sozialismus" nichts anderes als die Schicksalverbundenheit der Nation, als Gemeinschaft der Nation, Einordnung in die Nation, als „Nationalismus". Er sagt „Sozialismus", aber er meint damit „Nationalismus".

So mißbraucht Hitler den guten **Klang** des Wortes „Sozialismus", ohne mit dem Klang auch den **Sinn** zu übernehmen. Er **fälscht** vielmehr den sozialistischen Sinn dieses Wortes um und **unterschiebt** ihm einen **nationalistischen** Sinn. Mit der so gefälschten Idee „Sozialismus" geht er dann auf Massenfang unter sozialistischen Proletariern aus. Er will sie mit der Idee „Sozialismus" für die Idee „Nationalismus" gewinnen; **hinter** der Idee „Nationalismus" aber verbirgt er die Interessen der Adeligen, Großgrundbesitzer, der Militärs, der sogenannten **feudalen** Klasse. Was Hugenberg mit der Idee „Nationalismus" nicht gelang, das versucht Hitler nun mit der Idee „Sozialismus": Die Proletarier für eine **Idee zu begeistern** und sie dann **mittels dieser Idee für ein Interesse zu opfern:** für das Interesse der Junker.

Junker und Kapitalisten haben von jeher das „Angewiesensein aller Volksgenossen aufeinander", den „Gemeinschaftsgeist", den „Nationalismus" gepredigt. Junker und Kapitalisten standen sich von jeher gut dabei, hinter solchen und ähnlichen Ideen ihre Interessen zu verdecken.

„Schicksalsmäßig angewiesen" sein soll der Landarbeiter auf den Krautjunker, der Proletarier auf den Kapitalisten, das gemeine Fußvolk auf die hohen Militärs.

„Gemeinschaft" soll sein zwischen Wolf und Lamm, damit der Wolf das Lamm ungestört verspeisen kann.

Solche „Gemeinschaft", solche „Einigkeit" ist immer **einseitig**, **nützt** denen, die „oben" sind, **schadet** denen, die „unten" sind. Der Ausbeuter **läßt** sie predigen, dem Ausgebeuteten **wird** sie gepredigt, die Herren Krautjunker sind **über-**, die Tagelöhner **untergeordnet**, die Unterdrücker haben die **Herrenrechte**, die Unterdrückten die **Dienerpflichten**. Die Proletarier sollen **glauben**, die „Interessen der Nation" seien die Interessen **aller** Klassen, seien auch die Interessen **ihrer** Klasse; die Junker und die Kapitalisten aber **wissen**, daß die „Interessen der Nation" ihre **eigenen** Interessen sind, daß sie den Interessen **anderer** Klassen **entgegengesetzt** sind.

Genau so, wie Hitler mit dem guten **Klang** der Idee „Sozialismus" die klassenbewußten Proletarier einfangen will, versucht er sie auch mit dem **Versprechen**, in seinem „Dritten Reiche" die Wirtschaftsform „Sozialismus" einzuführen, zu ködern:

„Wir fordern:

11. **Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.**

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte **Bodenreform**, Schaffung eines Gesetzes zur **unentgeltlichen Enteignung von Boden** für gemeinnützige Zwecke, **Abschaffung des Bodenzinses** und Verhinderung jeder Bodenspekulation." (Programm der NSDAP.)

„Alles, was die Natur dem Volke gab: Grund und Boden, Land, Flüsse, Berge, Wälder, die Schätze unter der Erde und über der Erde, die freie Luft, alles das **gehört** im Prinzip **dem Volke als Gesamtheit.**" (Dr. Joseph Goebbels, „Der Nazi-Soz", Seite 18).

Das **klingt** sozialistisch! Und mancher Proletarier möchte zunächst **glauben**, daß Hitler also **tatsächlich** den „Sozialismus" einführen, das „arbeits- und mühelose Einkommen" und den „Bodenzins" abschaffen, die Bodenreform einführen, den Großgrundbesitz enteignen will.

Aber entsprechend, wie Hitler der Idee „Sozialismus" einen **nationalistischen** Sinn unterschiebt, legt er das Versprechen, den „Sozialismus" einzuführen, feudal-kapitalistisch aus. Er fälscht die wirtschaftlichen Begriffe ebenso, wie er die weltanschaulichen Begriffe fälscht. Ja, er beschimpft die **ehrlichen** dummgläubigen Proletarier, die sein Versprechen **ernst** nehmen, die seinen deutschen Worten den allgemein gebräuchlichen und wissenschaftlichen festgelegten Sinn geben, als „verlogene" Menschen. **Er treibt die Wortfälscherei, die Wortzauberei auf die Spitze mit seiner Erklärung:**

„Gegenüber den **verlogenen** Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende **Feststellung notwendig:**

Da die NSDAP. auf dem Boden des **Privateigentums** steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" n u r auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die **jüdischen** Grundspekulationsgesellschaften. München, den 13. April 1928. gez. Adolf Hitler."

Ganz im Sinne dieser Erklärung tritt der Nationalsozialismus denn **für die Erhaltung des Großgrundbesitzes** ein und kämpft **gegen die Enteignung, gegen die Sozialisierung des Großgrundbesitzes:**

„Von deutschen Volksgenossen rechtmäßig erworbener Besitz an Boden wird als erbliches Eigentum anerkannt."

„Auch der Großbetrieb (in der Landwirtschaft) erfüllt seine besonderen, notwendigen Aufgaben und ist im gesunden Verhältnis zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt." (Agrarprogramm der NSDAP.)

Der heutige Bodenbesitzer bleibt ein vom Staate anerkannter Eigentümer seines Grund und Bodens und soll es bleiben, solange die Verwertung desselben nicht zum Schaden für die Allgemeinheit ausartet." (Alfred Rosenberg, „Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP.", Seite 33.)

„Es kann selbstverständlich gar keine Rede davon sein, daß die NSDAP. den deutschen Grundbesitz in Stadt und Land in seinen wohlerworbenen Eigentumsrechten beschränkt." (Gottfried Feder, „das Programm der NSDAP.", Seite 5.)

Und so fordert denn der Nationalsozialismus auch ein „deutsches Bodenrecht", d. h. ein f e u d a l e s B o d e n r e c h t. Dieses „deutsche Bodenrecht" schützt den Großgrundbesitz, dieses „deutsche Bodenrecht" stellt die großen erblichen Güter, die weder veräußert noch geteilt werden dürfen, die F i d e i k o m m i s s e, wieder her.

Und so trat der Nationalsozialismus denn auch g e g e n die E n t e i g n u n g d e r F ü r s t e n auf. Nach dem „deutschen Bodenrecht" hatten die Fürsten ja ihre gewaltigen Güter „auf rechtmäßige Weise erworben" und nach der Auffassung des Nationalsozialismus verwalteten sie ja ihr Besitztum ganz „im Sinne der Allgemeinheit"!

Denn nur die Juden, nur „Landes- und Volks-Verräter" in Hitlers Sinne haben Grund und Boden unrechtmäßig erworben und verwalten ihn zum **Schaden** der Allgemeinheit!

Auf die gleiche Weise wie die Besitzer von **Grund und Boden** schützt Hitler die Besitzer der **anderen** Produktionsmittel.

So bleibt schließlich von dem „Sozialismus" der „nationalen Sozialisten" und von der „unentgeltlichen Enteignung von Boden", von der „Bodenreform" und von der „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens", von der „Abschaffung des Bodenzinses" und von allem anderen nichts anderes übrig als:

der gute **Klang** des Wortes „Sozialismus", dem der **Sinn** „Nationalismus" beigelegt wird,

das **Versprechen**, den „Sozialismus" einzuführen, das die Massen mit **Hoffnung** erfüllen soll, das aber nicht eingelöst wird,

die **tröstliche** Versicherung, daß „**im Prinzip**" ja doch alles dem Volke gehöre,

die Enteignung der **Juden**; wobei Hitler jüdische Großgrundbesitzer mit der Laterne suchen muß!

Und selbst **diese Überreste** des Sozialismus werden den proletarischen Massen nur aus „**taktischen**" Gründen vorgeworfen, können ihnen also auch aus taktischen Gründen wieder entzogen werden!

So entpuppt sich der „Sozialismus" der „nationalen Sozialisten" als ein leeres Wort oder als ein Ersatz-wort für den „Nationalismus". So ist der gute Klang des Wortes „Sozialismus" der Kaufpreis, um dessentwillen der klassenbewußte Proletarier sich und seine Klasse verraten soll, um dessentwillen das Proletariat sich für die Junker und Kapitalisten opfern soll.

Wie werden Kandidaten gemacht?

Minister a. D. Oswald hat bereits festgestellt, daß bei der BVP. die Arbeiterschaft nur dazu da ist, mit ein paar Renommierkandidaten das Stimmvieh der Partei zu sein.

Im Zentrum ist es, war es nie anders. Man darf nur die Listen, besonders aber die Reichsliste des Zentrums betrachten! So war es immer. Ein Brief eines Gewerkschaftssekretärs aus dem Jahre 1924 gibt ein wirklich klares Bild, wie es in dieser „Volkspartei" zugeht, bei der das Volk zu wählen, die prominente Herrenschichte aber zu bestimmen hat. Deshalb drucken wir ihn ab. Man kann sehr viel daraus ersehen und — lernen!

„Christlicher Metallarbeiter-Verband
Deutschlands, Ortsverwaltung Neheim.

Neheim, 3. Dez. 1924.

Herrn Eduard Weber, Arnsberg, Haarstr. 6.

Lieber Kollege!

Endlich komme ich dazu, Dir schriftlich Aufklärung über den Fall Hamm zu geben. Ich teile Dir hierzu nachfolgendes mit:

In einer Wahlkreisvertretersitzung des Kreises Arnsberg wurde zur Kandidatenfrage für den Reichs- und Landtag Stellung genommen, da am darauffolgenden Mittwoch in Hamm die Aufstellung der Kandidaten erfolgen sollte. In dieser Sitzung wurde als Kandidat der Landgerichtsrat Kramer-Hamm vorgeschlagen und weiter der Studienrat Dr. Schulte. Ich habe mich in Abwesenheit von Dr. Schulte gegen diese Kandidatur ausgesprochen, da wir heute schon außerordentlich viel Beamte im Reichstag haben. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte, soweit mir bekannt war, von 64 Abgeordneten 23 Beamte, also eine Zahl, die m. E. vollauf genügte. Meine Stellungnahme hat damals bei gewissen Kreisen verschluckt. Am darauffolgenden Montag, den 3. November fand eine Versammlung des Arbeiterbeirats der Westf. Zentrumspartei statt, in welcher ich als Aufrückungskandidat für den Landtag aufgestellt wurde. Am Mittwoch vor der Sitzung in Hamm war nochmals eine Besprechung unserer Arnsberger Wahlkreisvertreter, in welcher zur Kandidatenfrage Stellung genommen wurde. Da die Aufstellung derselben durch den Parteivorstand vorgenommen wird, der zur gleichen Zeit tagte, konnte ich nicht wissen, ob ich bei den vielen Wünschen der Stände auf die Liste kam und somit auch in dieser Sitzung keine Mitteilung machen. In derselben wurde auch über die Kandidatur des Landgerichtsrats Kramer abgestimmt und stimmte ich auch hier dagegen. Ich stimmte auch deshalb dagegen, weil Kramer als Zentrumsmann völlig unbekannt war, man sozusagen nichts von ihm wußte. Gegen Kramer wurde von Vertretern der Mendener Arbeiterschaft folgender Vorwurf erhoben: Als im Jahre 1912 in Menden die gesamte Metallarbeiterschaft ausgesperrt war, wurden zahlreiche Arbeiter wegen kleiner, geringfügiger Vergehen vor das Gericht geschleppt und von dem damaligen Amtsrichter oder Assessor Kramer in Menden zu Gefängnisstrafen von 4—8 Wochen verurteilt. Die Erbitterung hierüber war bei den Arbeitern sehr groß. Nun sollte dieser selbe Kramer, der inzwischen Landgerichtsrat geworden ist, Abgeordneter werden. Unsere Kollegen stemmten sich auf der Tagung in Hamm mit aller Macht dagegen und Kramer wurde nicht aufgestellt. Dies hat in andern Kreisen wiederum starke Erregung hervorgerufen. Bei der Aufstellung der Kandidaten stand ich an 10. Stelle. Als meine Kandidatur zur Abstimmung kommen sollte, erhob sich der Rechtsanwalt Wigge-Meschede und erklärte, daß ich nur das Vertrauen der Arbeiter besitze und somit nur von diesen gewählt werden würde. Er schlug an meiner Stelle Frau Sanitätsrat Hellmann aus Siegen vor. Unsere Kreisleitung sagte zu den Vorwürfen von Wigge nichts und stimmte, abgesehen von unseren Kollegen, gegen mich. Ich wurde dann für die 11. Stelle vorgeschlagen. Ein Kollege Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet beantragte, daß ich gewählt würde, andernfalls man hierin eine Stellung gegen die Arbeiterschaft erblicken müßte. Hierauf erhob sich Dr. Schulte und erklärte: Unsere Stellungnahme ist nicht gegen die Arbeiterschaft gerichtet, sondern gegen die Person des Herrn Klasmeyer. Ich bitte daher an seiner Stelle Herrn Arbeitersekretär Schamer zu nehmen. Unsere Kollegen forderten sofort Schamer auf, nicht anzunehmen, aber wider Erwarten ließ er sich von den Vertretern eines anderen Standes gegen seinen eigenen Kollegen aufstellen. Das Ergebnis war, daß 140 Stimmen für mich und 70 für Schamer abgegeben wurden. Gegen mich stimmten wiederum an der Spitze Dr. Schulte, Fabrikant Rohe und die übrigen Stände. Für mich stimmte die Arbeiterschaft, der Parteivorstand, sämtliche Abgeordnete, kleine Beamte und Frauen. So der genaue Hergang der Sache. Ich habe am anderen Tage sofort meine Ämter als zweiter Kreis- und Ortsvorsitzender niedergelegt. In einer späteren Besprechung mit den Kreis- und Ortsvorsitzenden wurde mir erklärt, daß ich alle anderen Stände gegen mich hätte, ich sei zu scharf, vor allen Dingen hätte ich einmal ein Schreiben an die Kollegen abgesandt, das in den Kreisen der Fabrikanten außerordentlich verschnupft hätte. Aus all diesem habe ich ersehen, daß die Treiber in der Industrie sitzen, von denen 95 % kein Zentrum wählen und die Kreisleitung sich vor den Karren dieser reaktionären Kreise hat spannen lassen. Mir scheint, daß auch Landgerichtsrat Tillmann an diesen Dingen nicht unschuldig ist. Nach den Wahlen wird ja noch ein ernstes Wort hierüber zu reden sein. Wie mir unter der Hand mitgeteilt wurde, soll ich ebenfalls nächstes Frühjahr für den Prov.-Land- und Kreistag ausscheiden, sodaß dann die Arbeiterschaft ausgeschaltet ist und die anderen machen können was sie wollen, für den Fall, daß die Arbeiterschaft dumm genug ist, sich nur als Stimmvieh gebrauchen zu lassen. Das ist der Sachverhalt treu wiedergegeben und bitte ich Dich, auch den Kollegen Wieserhöfer davon in Kenntnis zu setzen.

Mit freundlichen Gruß!

Klasmeyer."

Dieses Schreiben besagt uns eigentlich **nichts Neues!** Es ist nur ein **weiterer Beweis** dafür, wer im Zentrum hinter den Kulissen die treibende Kraft ist: **Industrie, der Geldsack und einige hochgestellte Prominenten! Die Arbeiterschaft aber ist das Stimmvieh geblieben!**

Dieser Brief zeigt aber **grundsätzlich** eine Tatsache auf, auf die wir aufbauen: **Das schaffende Volk wird in „Gemeinschaft"** mit den Ausbeutern **niemals sein Recht bekommen!** Obwohl es stimmenmäßig in der **Mehrzahl** ist, ist die **Macht der Geldsackbesitzer** in allen Organen, von unten bis oben, **stärker** als ihre **Masse**. Die Arbeiterschaft kann nur in **einer Front**, wo **alle Arbeiter gemeinsam** mit allen **Bauern** und **anderen Schaffenden der unteren Schichten** gemeinsam eine große Front bilden, **ihr Recht vertreten** und n h mehr, ihren endgültigen **Befreiungskampf** führen! Alles andere ist Lug und Trug und nur dazu angetan, das schaffende Volk an der Befreiung zu verhindern!

Der Gipfel der Gemeinheit!

Es gibt Parteien, die zu erledigen eine Kulturtat ist!

Parteien, die in ihrem Interessenkampf auf das tiefste Nieveau der Verlogenheit und der persönlichen Hetzbegeiferung steigen, gehören hierher. Wir vermerken die in den Wahlkämpfen immer mehr sich steigernden leidenschaftlichen Bekämpfungen des Gegners, das sich-gegenseitig-in-den-Schmutz-ziehen, als die traurigste sittliche Zerfallserscheinung unseres politischen Lebens.

Und zu diesen Erscheinungen müssen wir eine **Kampfesart der Bayer. Volkspartei in Unterfranken** zählen, wo von der offiziellen Parteileitung aus ein Flugblatt in Massen in den Dörfern verteilt wird: „Halt! Wer da? Ein kommunistischer Vorkämpfer unter falscher Flagge! Was will Vitus Heller."

Wir versagen es uns, auf die **Verlogenheit** und die **persönliche Gehässigkeit** dieses Flugblattes einzugehen, mit denen Vitus Heller in den Dreck gezogen wird. Wir versagen es uns, im einzelnen an Hand der Tatsachen all die Lügen aufzuzeigen, die das Flugblatt enthält. Wir bezeichnen die Verfasser dieses Flugblattes **öffentlich als bewußte Lügner,** da sie die Dinge genau kennen und kennen müssen, um die es sich handelt! Von der Lüge angefangen: Vitus Heller habe den Boden der christlichen Kirche verlassen. Wir sagen den Leitern der Volkspartei in Franken nur, daß uns dieses Flugblatt und diese Art einer politischen Bekämpfung nur weiteres Belegmaterial gibt, um deren innere Unsittlichkeit des politischen Kampfes der Bayerischen Volkspartei und deren „Christentum" zu beweisen und dem Volke klarzulegen. Und wir versichern die Leiter der BVP. in Franken, daß sie uns mit diesem Flugblatt eine **Waffe** in die Hand gegeben haben für die Zukunft, die wir mit aller Schärfe und Konsequenz anwenden werden. Es wird das vor der Reichstagwahl uns nicht mehr möglich sein, aber nach der Wahl wollen wir das ausgiebig in allen fränkischen Gemeinden besorgen! Dieses Flugblatt soll der Bayerischen Volkspartei noch schwer zu schaffen machen! Damit werden wir den katholischen Bauern und Arbeitern beweisen, wie sie nicht von der Not des Volkes und deren Behebung reden, sondern wie sie die Lüge gebrauchen, um politische Geschäfte zu machen! Wir werden das Volk darauf aufmerksam machen, daß sie hinter alles, was von dieser Seite veröffentlicht wird, drei Fragezeichen machen müssen, daß sie solchen Leuten, die derartig im Wahlkampfe die Wahrheit auf den Kopf stellen und derart, statt den sachlich politischen Kampf zu führen, die persönliche Herunterreißung des politischen Gegners besorgen, keinen Funken Glauben mehr schenken, besonders dann nicht, wenn sie kommen und behaupten, sie kämpften auf dem Boden der „christlichen Weltanschauung!"

Eine Partei aber, die an derartige Methode glaubt, muß auf das schärfste bekämpft werden, um die **politische Brunnenvergiftung** und die weitere Verlotterung des sittlichen Volksgutes aufzuhalten! Heute haben wir für dieses Machwerk und seine dahinter stehenden Geisteshelden nur ein ganz kräftiges und ehrliches: Pfui!

Das schaffende christliche Volk aber bitten wir, nur ganz einfach **unsere** Flugblätter und Plakate mit diesen Schmutzfetzen **zu vergleichen!** Sie werden den fundamentalen Unterschied selber ziehen können! Wir haben keine Partei angegriffen! Wir haben nirgends einen politischen Gegner persönlich gezeichnet! Wir haben nur **Zahlen und Tatsachen** dem Volke vorgelegt, in sittlichem Ernste, in politischer Zielklarheit und in Aufreißung der großen politischen Entscheidungslinien. Auch im Neuen Volk! Vergleicht dieses Flugblatt dagegen und Ihr wißt, wo sachliche, sittliche, ernste Politik, wo Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, und auch, wo die Sittlichkeit des Christentums liegt! Und darnach entscheidet!

Wollten wir den Machern der BVP., gerade in Franken, mit gleicher Münze heimzahlen, es würde hageln! Wir verzichten aus innerer Sittlichkeit darauf! Wir überlassen es denen, die glauben, mit Schmutz sei ein Volk eher zu betrügen und zu leithammeln, als mit der letzten Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit!

Die Lüge im Wahlkampf

Schaffendes Volk, glaube ihnen doch nichts mehr!

Wir haben den sozialdemokratischen Finanzminister Wissel nicht in Schutz zu nehmen. Es handelt sich aber um Bloßlegung der Lügen im Wahlkampfe, wenn wir folgende Tatsachen bringen:

Das „Fränkische Volksblatt" schreibt unter dem 8. 9. 1930 in einem Artikel: „Der reaktionärste Arbeitsminister":

„. . . Dagegen haben eine Reihe anderer sozialer Gesetze während seiner Amtszeit (Wissels. D. Red. d. „N.V.") wesentliche Verschlechterungen erfahren. Besonders durch die von ihm vorgelegte Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wurde folgender Leistungsabbau erzielt:

1. Wesentliche Kürzung der Unterstützung der Saisonarbeiter;
2. doppelte Herabsetzung der Unterstützung der Wanderarbeiter;
3. Entzug der Unterstützung für alle unter § 89a fallenden Arbeitslosen.

Durch die Einführung des § 89a erhalten rund 300 000 Arbeitslose, die Beiträge zahlen mußten, keine Unterstützung.

. . . Außerdem hat Herr Wissel die Sonderfürsorge für berufsübliche Arbeitslosigkeit eingeführt und damit Hunderttausenden Arbeitslosen den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenversicherung genommen.

Aber damit nicht genug. In seinem Etat für 1929/30 wurden die Beiträge für die Schwangerschaftsunterstützung, die Zuschüsse zur Invalidenversicherung und für die Kriegsopferfürsorge herabgesetzt.

Was der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an Sozialpolitik aufgebaut, hat sein Nachfolger, der frühere Gewerkschaftler Wissel, teilweise wieder abgebaut. Er war somit der reaktionärste Reichsarbeitsminister der deutschen Republik."

So schrieb das Organ der Bayer. Volkspartei am — 8. 9. 1930!

Einige Monate vorher, am 19. Febr. 1930, schreibt das Blatt:

„. . . Die Ausgaben für die Wochenhilfe sind von 29 Millionen auf 15 Millionen ermäßigt worden. Von den 40 Millionen, die aus den Zollerträgnissen für die Zwecke der Invalidenversorgung alljährlich zur Verfügung gestellt werden, sind 20 Millionen gestrichen worden. Sie sollen im Etat 1935 (!) eingesetzt werden. Bei den Kapitalabfindungen für Kriegsbeschädigte bleibt es bei der unzulänglichen Summe von 63 Millionen. Der Antrag, den früheren Ansatz wieder einzusetzen, wurde abgelehnt. Die Entscheidung über die produktive Erwerbslosenfürsorge wurde einstweilen ausgesetzt.

Alle diese Entscheidungen wegen des Etats des Arbeitsministers sind gegen den entschiedenen Widerstand des sozialdemokratischen Arbeitsministers getroffen worden, der es auch ausdrücklich abgelehnt hat, diese gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zustande gekommenen Beschlüsse des Kabinetts zu vertreten. Das schafft eine außerordentlich ernste Situation. Es sei selbstverständlich, daß die ganze sozialdemokratische **Fraktion in dieser Frage auf seiten des Arbeitsministers stehe."** („Fr. V." Nr. 41 1930.)

Am 6. März 1930 schreibt das gleiche Blatt:

„Dieser Weg ist gewählt worden, um **den Bedenken der Sozialdemokraten für die Zukunft der Arbeitslosenversicherung Rechnung zu tragen.'**

„Auch die Sozialdemokratie ist mit dieser Lösung nicht ganz zufrieden, weil die Mittel für die Versicherung begrenzt werden." („Fr. V." Nr. 54 1930.)

Am 26. April 1930:

„Bei der Erwerbslosenversicherung haben sich infolge immer stärker anwachsender Arbeitslosigkeit große Schwierigkeiten eingestellt, die besonders die Deutsche Volkspartei **im Gegensatz zu den Sozialdemokraten durch Herabsetzung der Leistungen für die Erwerbslosenversicherung beseitigt wissen will."**

Und weiter berichtet dieses Blatt:

„Prälat Leicht wies in längeren Ausführungen . . . **auf den Charakter dieser Vorschüsse** hin, die nicht eine **dauernde Belastung des Reiches darstellen dürfen** und wandte sich besonders gegen einen Artikel im „Vorwärts", in welchem die **Niederschlagung dieser Vorschüsse** verlangt wurde . . . Bei diesem Umbau sei insbesondere die **Frage der Saisonarbeiter** zu prüfen. Es sei doch **beispielsweise ein Mißstand,** wenn Angehörige aus bäuerlichen Betrieben zu dem Zwecke **Saisonarbeiten** aufnehmen, um sich in den Genuß der Bezüge der Arbeitslosenversicherung zu setzen." („Fr. V." vom 26. April 1930.)

Wir könnten **fortsetzen,** nicht nur in der Frage der Arbeitslosenversicherung, mit solchen Gegenüberstellungen. Heute, bei der Wahl, schreibt man **das gerade Gegenteil von dem, was man vor Monaten geschrieben hat!**

Und eine Partei, deren Presse solche Manöver macht, will noch für „Wahrheit, Freiheit und Recht" — „auf dem Boden christlicher Weltanschauung" kämpfen?

Man rechnet in diesen Parteikreisen nur mit der Dummheit der Massen, man rechnet nur damit, daß die Leser **morgen vergessen** haben, was man **gestern** getan und geschrieben hat!

Ein System aber, das diese Verdrehung und Verlogenheit zum System macht, muß weggefegt werden vom gesunden, sittlichen Sinne des Volkes!

Wie sie uns sehen ...!

Die B.V.P. schreibt in einem Flugblatt:

„Ein kommunistischer Vorkämpfer unter falscher Flagge! . . . Wir rufen das kath. Deutschland auf, wachsam zu sein und diesen Vorkämpfer kommunistischer Gedanken und Verteidiger des Sowjetsystems unschädlich zu machen."

Die K.P.D.-Presse schreibt:

„Unter dem Schatten des Papstes. Der heilige Vater hat es stets verstanden, auf die Kommandohügel seiner Heerhaufen . . . immer treue Männer zu setzen. Vitus Heller hat eine solche Kommandobrücke inne."

Die B.V.P. schreibt:

„Heller bot den Bischöfen öffentlich Trotz . . Wenn Vitus Heller innerlich noch ein kath. Christ wäre . . . Aber soweit kommt man, wenn man den Boden der christlichen Kirche verläßt."

Die K.P.D.-Presse schreibt:

„. . . er (Heller) arbeitet im engsten Einvernehmen mit dem Erzbischof von Köln."

Die B.V.P. schreibt:

„Einen besonders gut vorbereiteten Feldzug, zudem die russische Regierung wahrscheinlich die Geldmittel zur Verfügung stellte, unternahm Herr Vitus Heller in diesem Jahre . . ."

Die K.P.D.-Presse schreibt:

„Die Hellerpartei ist bedingungslos dem Papste ergeben. Darum schwieg sie auch, als dieser im Frühjahre seinen Kriegsruf gegen die Sowjetunion erließ und auch das internationale Kapital sich unter Vatikans Fahne zum Antisowjet-Kreuzzug sammelte."

Und nun sollst du dich, schaffendes Volk, noch auskennen? So erkennst du, wie hüben und drüben aus schäbiger Parteiangst gelogen wird!

Die Partei für Papst, Bischöfe und Religion!

Tatsachen sprechen, nicht Phrasen!

Die Zentrumspartei stellt sich immer dem kath. Volke vor als die Verteidigerin für Kirche und Religion! Wo aber Kirche und Religion angegriffen werden, haben sie nicht den Mut, dagegen aufzutreten und Farbe zu bekennen. Das überlassen sie den bösen „Christlich-Sozialen", die den „Boden des Christentums verlassen haben".

Hier in Engers fand eine Versammlung der KPD. statt. Der Redner der KPD., Abgd. Kollwitz, legte in schärfsten Tönen gegen den Papst, die Kirche und Religion los. In dieser Versammlung waren eine Reihe hiesiger redegewandter Zentrumsleute anwesend. Statt aber hier Kirche, Papst und Religion vor den Massen in Schutz zu nehmen, schwiegen sie in bekannter Feigheit. Keiner getraute sich heraus. Das war dem Freunde der CSRP. vorbehalten. Dieser trat mutig in den Fragen der Kirche und der Religion dem KPD.-Redner entgegen, verteidigte mutig Christentum, Religion und christliche Ethik auch vor diesen Massen, geißelte den Mammonismus unserer Zeit und forderte das Christentum der Tat und verband damit die wirtschaftlich-sozialen Forderungen der CSRP.

Und was tat dann die Zentrumszeitung? Die „Wiedzeitung"? Statt seinen eigenen Parteifreunden mal zu sagen, daß sie ihre Feigheit vor den Menschen hätten ablegen und ihren Glauben auch öffentlich bekennen müssen, fiel diese Zeitung noch mit Hohn und Spott über unseren Redner her, der das getan hat, was ein Katholik als Zentrumsmann hätte tun sollen.

Aber wir in Engers sind diese Dinge gewohnt. Die Achtung vor der Religion, vor Kirche und Geistlichen geht nur soweit, als dies den parteipolitischen Zwecken, dem Interesse, dem Posten und dem Geldsack dient!

Katholiken von Engers, erinnert ihr euch noch, wie ein auswärtiger Pater vor zwei Jahren die Predigt gegen die Christlich-Sozialen hielt und dann in der Schlußpredigt ehrlich alles zurücknahm, was er gegen die Christlich-Sozialen gesagt hatte? Er gab selbst zu, daß man ihn falsch „orientiert" hatte. Die ihm die Unwahrheit sagten, die ihn so auf die Kanzel gehen ließen, das waren die Zentrumsleute! Und wieweit Zentrumsbonzenmacht gegenüber von kath. Geistlichen geht, die nicht ins Zentrumshorn tuten, geht aus dem bekannten Fall hier hervor, wo ein allgemein beliebter Missionsgeistlicher aus dem Orte verjagt wurde, nur weil dieser Priester es ablehnte, sich als Mitglied der Zentrumspartei eintragen zu lassen und weil er es wagte, in die Vitus Heller-Versammlung zu gehen und persönlich als Seelsorger mit Parteimitgliedern der CSRP. zu verkehren.

Das ist das wahre Gesicht der Zentrumspartei: Ihr Katholizismus ist politischer Geschäftskatholizismus, der nur soweit reicht, als es der Parteimacht dienlich ist.

Darum, katholisches, schaffendes Volk von Engers: Lasse dich nicht länger an der Nase herumführen! Unterscheide und entscheide klar und eindeutig! Am 14. September gibst du die Antwort: Du wählst Liste 11! Damit hast du christlich, aber auch wirklich radikal-sozial und für die Unterdrückten und Ärmsten gewählt!

Geht das so weiter?

Die Christlich-Soziale Reichspartei hat in Franken einen werkschaffenden Bauern, einen guten Katholiken als Spitzenkandidaten aufgestellt.

Das ging der Bayer. Volkspartei auf die Nerven. Gegen diesen Mann geht nun ein Treiben los, das wir öffentlich niedriger hängen und zur Kenntnis der verantwortlichen Stellen bringen müssen:

Der Pfarrer des Dorfes kam zu dem Mann, legte ihm Bischofserlasse vor und erklärte ihm: „Wenn Sie die Kandidatur nicht zurückziehen, leiden Sie Schaden an Ihrem Seelenheil!" Er drohte ihm dann, wenn er weiter in die Dörfer fahre, um für seine Kandidatur zu werben, werde er ihn öffentlich von der Kanzel herab bloßstellen. Durch das Eingreifen des Pfarrers wurde in der Familie unseres Kandidaten der Familienfriede total zerstört.

Wir fragen zuerst die **Reichsregierung:** Was gedenkt sie zu tun, um solchen Verletzungen der Reichsverfassung entsprechend entgegen zu treten? Wird die Reichsregierung Leute zur Rechenschaft ziehen, welche Kandidaten bei der Wahl an der Ausübung des ersten staatsbürgerlichen Rechtes, der Kandidatur, verhindern wollen mit den Mitteln des geistigen Terrors und des Gewissenszwanges? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um solche Bedrohungen unmöglich zu machen und die freie politische Entscheidung nicht nur der Wähler, sondern vor allem der Kandidaten zu sichern?

Wir fragen weiter die **bischöfliche Behörde,** das Ordinariat zu Würzburg, welcher der betreffende Pfarrer pfarramtlich untersteht: Was gedenkt es zu tun, um solchen Gewissenszwang seitens eines ihm unterstellten Pfarrers hintanzuhalten? Und was gedenkt das Ordinariat zu tun, um zu verhindern, daß durch diesen geistigen Terror der Familienfriede einer katholischen Familie im Pfarrbereiche dieses Pfarrers nicht weiter gestört wird?

Und wir fragen zum dritten die Verantwortlichen der Bayer. Volkspartei: Glauben Sie, daß mit solchen Mitteln des gemeinsten Gewissenszwanges und des unsittlichsten Gewissensterrors noch sachliche Politik möglich sein wird? Haben Sie noch ein Recht, über anderen Terror, bei Nationalsozialisten, Kommunisten, sich zu ereifern? Haben Sie noch ein Recht, über die Brutalität „russischen Terrors" auch nur ein Wort zu verlieren, wenn hier das gleiche, und noch Schlimmeres praktisch geübt wird?

Treibt es nur so weiter! Die Früchte werden reifen, aber ganz anders, als Ihr es wollt! Säet nur weiter in dieser Art den Wind — Ihr werdet Sturm ernten!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zehn Fragen an die Zentrumswähler.

1. Warum hat das Zentrum den Abbau der Arbeitslosenversicherung um 170 Millionen und eine Erhöhung der I träge um 280 Millionen beschlossen,
während dasselbe Zentrum den Linkspartei-Auftrag auf eine Millionärsteuer, der von den Vermögen über eine halbe Million (Gesamtvermögen 9 Milliarden) ein Notopfer von 10% verlangte, ablehnt?
2. Warum hat das Zentrum den Abbau der Krankenversicherung um 500 Millionen beschlossen,
während es den Antrag der Linkspartei ablehnte, der von den Einkommen über 10 000 Mark im Jahre (Gesamteinkommen 1,8 Milliard.) ein Notopfer von 10% verlangte?
3. Warum hat das Zentrum der Negersteuer zugestimmt (Kopfsteuer), die gerade die Ärmsten am schwersten trifft,
während es den Linksparteiantrag ablehnte, der die Dividenden-Empfänger, die nichts tun und doch (bei einem Gesamtkapital von 24,7 Milliarden) einen arbeitslosen Gewinn von 1,6 Milliarden haben, mit einem Notopfer von 10% belegen wollte?
4. Warum will das Zentrum mit einem Beamtennotopfer eine Kürzung der Gehälter für die unteren und mittleren Beamten durchführen,
während es den Linksparteiantrag ablehnte, alle Gehälter und Pensionen, soweit ihr Betrag die Höhe von 8 000 bezw. 6 000 Mark übersteigt, einzuziehen?
5. Warum hat das Zentrum für Wehretat für Kriegsrüstungen über 700 Millionen bewilligt,
während es den Linksparteiantrag auf 5 Millionen für die Speisung hungernder Kinder abermals ablehnte?
6. Wie kann das Zentrum es rechtfertigen, daß durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs von Oeynhausen durch Stegerwald den Metallarbeitern der Nord-Westgruppe ein Lohnabbau aufgezwungen wurde?
7. Wie rechtfertigt es das Zentrum, daß durch seine Politik in Preußen (Erhöhung der Mieten um 4%) und im Reich (Hypothekenaufwertungs-Moratorium) der Mietwucher erneut verschärft wurde?
8. Wie kann es das Zentrum vor seinen werktätigen Wählern verantworten, daß durch die Politik der fortgesetzten Zollerhöhungen die ganze Lebenshaltung der arbeitenden Massen unerhört herabgedrückt wurde?
9. Wie läßt es sich mit dem gegenwärtigen Notstand vereinbaren, daß das Zentrum der Flugzeugindustrie und Luftschiffahrt etwa 50 Millionen Subventionen bewilligte, daß das Zentrum den Industriellen in Ost- und Westdeutschland viele Millionen Subventionen gewährt?
10. Wie kann es das Zentrum rechtfertigen, daß jetz unter Stegerwalds Führung die Kriegsopferversorgung erneut verschlechtert wird?

Mannheim. P. Gindell.

Kann ein Katholik Sozialist sein?

Es gehen immer wieder die alten Schlager durch die Zentrumspresse. Es gehen immer wieder die alten Ladenhüter als Flugblätter ins Volk. Immer nur heißt es: Kann ein Christ, kann ein Katholik Sozialist sein.

Sozialist sein heißt, für das Recht und die armen Teufel gegen den Geldsack einzutreten. Sozialist sein heißt gegen den Mord und Krieg, für den Frieden eintreten. Sozialist sein heißt, gegen die Ausbeutung derer, die die Arbeit leisten für den gerechten Lohn jedes Arbeitenden sich einzusetzen. Sozialist sein heißt, dafür einzutreten, daß die Güter dieser Erde ihrem sittlichen Zwecke, dem Menschen zur Vervollkommnung zu dienen, zugeführt werden.

Man sollte meinen, daß ein Katholik und Christ Sozialist sein müßte!

Aber eines vermisse ich: Die eine Frage:

Kann ein Katholik Kapitalist sein?

Wann stellt die Zentrumspresse diese Frage? Wir warten seit Jahren darauf.

Wer hat die Arbeitslosenversicherung verschlechtert?

Vor der Wahl:

Das „Fränk. Volksblatt":

„Aufgehoben werden soll mit der Wirkung vom 1. Oktober 1930 an die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte aus alten und neuen Emissionen. Der Ausfall für das Reich wird auf 45 Millionen Reichsmark geschätzt. Um die Löcken auszufüllen, die auf der Einnahmeseite des Reiches entstehen, soll die Umsatzsteuer für die Wareneinfuhr aufgehoben werden mit Ausnahme einer Freiliste, die vom Finanz- und Wirtschaftsministerium festgesetzt werden soll. Außerdem soll die Umsatzsteuer von 0.75 auf 0.80 % erhöht werden. Der Gesamtbetrag dieser beiden Maßnahmen, die am 30. Juli in Kraft treten sollen, wird auf 80 Millionen Reichsmark geschätzt. Die Lohnsteuerrückerstattung, die von 1931 wegfallen sollte, soll im Gegensatz zum Finanzprogramm der Regierung aufrecht erhalten bleiben. Im Einklang mit dem Programm des Kabinetts hielt man daran fest, daß die Steuersenkung für 1931 in der Höhe von 600 Millionen Mark durchgeführt werden soll, namentlich auch durch die Senkung der Einkommensteuer und durch das Ausgabensenkungsgesetz, das der Finanzminister vorbereiten soll. Voraussetzung ist, daß bis zum Ende des neuen Rechnungsjahres die Umwandlung von 500 Millionen schwebender Schuld in langfristige Anleihen gelingt, was mit Hilfe der Kreuger-Anleihe erhofft wird.

Offen ist noch die Erfüllung des sozialdemokratischen Wunsches, daß bestimmte Streichungen im Sozialetat — Herabsetzung des Zuschusses für die Wöchnerinnenhilfe usw. — rückgängig gemacht werden.

Die Senkung der Arbeitslosenversicherung im Sinne der Vorschläge des Kabinetts wird von den vier Parteien gebilligt." („Fränk. Volksbl." v. 12. 3. 30.)

„Deshalb ist im Reichsfinanzministerium der Plan erwogen worden, **die Arbeitslosenfürsorge überhaupt aus dem Etat herauszunehmen,** wenn nicht ganz, so doch bis auf einen Betrag von vielleicht 50 Millionen und den größeren Teil der **Fürsorge der Gemeinden** zu übertragen." („Fränk. Volksbl." v. 8. 2. 30.)

„Wie im Reichstage verlautet, würde **das Zentrum** bereit sein, diesem Plane (die Angestellten- und Invalidenversicherung zur Deckung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen) **zuzustimmen** und die Entscheidung liegt bei **den Sozialdemokraten.**" („Fränk. Volksbl." v. 12. 2. 30.)

Im Wahlkampfe:

„Wissel, der reaktionärste Arbeitsminister."

Ja, ja: Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein? Oder: Darf ein Katholik lügen? Preisfrage!

Gewissensentscheidung.

Unser Kampf um die Freiheit der Gewissensentscheidung bei politischen Wahlen, unser Kampf gegen die Verquickung von Kirche, Religion und Parteipolitik wirkt sich doch allmählich bei einsichtsvollen, ernsten Geistlichen aus.

Zunächst:

In einer Versammlung zu Paderborn erklärte ein 80 jähriger Mann, daß er beim Erzbischof gewesen sei und ihm vorgetragen habe, wie das Zentrum gegen die Armen immer wieder gesündigt und sich besonders bei Inflation und Aufwertung um Gottes Gebote u. Bischofserlasse nicht gekümmert habe. Er könne es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren, nochmal Zentrum zu wählen. Die Antwort des Erzbischofs habe gelautet: „Das müssen Sie auch nicht. Bei der nächsten Wahl kann jeder Katholik nach seinem Gewissen wählen."

Es wird uns mitgeteilt, daß eine Reihe von Geistlichen von der Kanzel herunter nun erklären: „Die Wahl ist eine ernste Sache, eine Gewissenssache! Wähle jeder bei der kommenden Wahl nach seiner Gewissensentscheidung."

Ein Geistlicher teilt uns mit, daß in seiner Gemeinde die Leute keine Wahlversammlung besuchen. Er ruft die Gemeinde zusammen, legt ihnen Ziele, Programme etc. der verschiedenen Parteien vor und läßt die Leute selber nach ihrem Gewissen entscheiden.

Diese Methode muß sich durchringen. Erst dann kommen wir aus der Leidenschaftlichkeit der Parteipolitik heraus, erst dann bleibt die Kirche und die Geistlichkeit aus dem tollen Treiben des Wahlkampfes und davon verschont und erst dann sind wirkliche politische Entscheidungen verantwortungsbewußter Wähler, wie die Erziehung zur eigenen Verantwortung des politischen Volkes möglich.

Das Opfer!

Wenn das schaffende Volk für seinen Befreiungskampf zu opfern weiß, trägt es den Sieg davon! Die andern Parteien haben große Geldgeber! Sie werfen Millionen in den Wahlkampf! Wer einer Partei das Geld gibt, fordert es in der Politik mit Zins und Zinseszins wieder zurück!

Die CSRP. ist eine arme Partei! Sie ist aufgebaut auf das Opfer ihrer armen Teufel im Volke!

Es schreibt uns einer davon:

„Sende heute bei Empfang der Rente sofort 10 Mark für Wahlfond! Für die klare, zielbewußte Arbeit im N.V. und der CSRP." Der Mann kämpft mit jedem Groschen! Er ist krank, erwerbslos, tief in Not! Trotzdem! Ist das nicht ein großer Idealismus! Daraus wächst die Kraft des Volkes zu seinem Befreiungskampfe!

Ist sein Kind getauft?

Unsere Freunde erinnern sich, wie die Zentrumspresse gegen uns vorging mit der Demagogie, Hammelraths Kind sei nicht getauft. Die BVP., die Bruderpartei des Zentrums, nimmt diese Demagogie sogar noch in diesem Wahlkampfe in einem Flugblatt vor, obwohl Hammelrath seit über einem Jahre nicht einmal mehr am NV. ist.

Nun hat das Zentrum in Berlin Herrn Kareski, einen Zionisten, aufgestellt. Wir fragen: Hat Herr Kareski, der Zentrumskandidat von Berlin, seine Kinder taufen lassen? Bestimmt nicht, denn er ist Israelit!

Wir wollen nur diese Gegenüberstellung bringen, um die schamlose Demagogie bloßzustellen! Wenn in Würzburg bei der CSRP. Hammelrath mitarbeitet, rast die Zentrumspresse. Wenn in Berlin das Zentrum aber einen Nichtkatholiken aufstellt, ist das gut!

Das deutsche Volk muß durch solche Demagogie stoßen! [illegible]ings es damit verhetzt und um die letzten, wirklich sachlichen, politischen Entscheidung gebracht wird, ist an klare Frontbildung und ein wirkliches Aufwachen des Volkes nicht zu denken. Der „Interessenhaufen" der Geldsäcke vernebelt ihm die Gehirne! Setzen wir unbeirrt die nackte [illegible]rheit dieser Demagogie entgegen!

Da habe ich die Wahrheit gehört . . .

Ein junger Wähler mit dem Hakenkreuz auf der Brust, sitzt in unserer Versammlung. Nach der Versammlung kommt er zu uns und meldet sich an. Er hat das Hakenkreuz entfernt. „Was hat Dich zu uns geführt?" Antwort: „Ich habe jetzt hier neun Wahlversammlungen mitgemacht. In keiner habe ich solchen Ernst gefunden, wie heute bei der Versammlung der **CSRP. Ich habe heute Abend die Wahrheit gehört!"**

Den Aengstlichen und Verzagten ins Stammbuch!

Es gibt noch eine ganze Anzahl gute Menschen in unseren Reihen, die nicht zu uns kamen, in erster Linie aus politischer Erkenntnis, die nicht sahen, daß unser politischer und wirtschaftlicher Kampf eine Notwendigkeit ist, sondern die rein aus dem Gefühl heraus zu uns stießen. Denen es aus irgendeinem Grunde im Lager, in dem sie früher standen, nicht mehr wohl war, und wechselten. Es ist für uns klar, daß die größte Masse des deutschen Volkes noch politisch ist, aus Gefühl und Gelegenheit. Patriotisches Gefühl, Stammtischgemütlichkeit und große Phrasen auf der einen Seite, auf der anderen Weltfremdheit und vollständige Unfähigkeit der Bestimmung und Orientierung, und religiöse Beeinflussung. Daß es eine der größten Aufgaben ist, die politische Erziehung mit aller Kraft durchzuführen, braucht keiner besonderen Erwähnung. Das ist die konkrete Aufgabe der Partei, das ist die Notwendigkeit politischer Kleinarbeit in Zellen und Gruppen.

Es ist natürlich, daß man mit dem unpolitischen Stamm einer Partei keinen politischen Kampf kämpfen kann. Es ist selbstverständlich, daß damit nicht demonstriert und die politische Wirklichkeit behauptet werden kann. Das ist auch nicht nötig. Es genügt, wenn für diesen Bestand der Partei, die Schulung mit aller Kraft in Angriff genommen wird. Gefährlich ist es aber, wenn eben diese mehr oder minder unpolitische Masse in der Partei irgendwelchen äußeren oder gar führenden Einfluß hat. Dann kann man davon hören, daß man eine Politik verfolgen müsse, wobei man dem Gegner nicht scharf auf den Pelz rücke oder gar noch irgendwie anstöße. Dann soll man sogar noch mit dem Gegner und seinen größten Gegensätzlichkeiten, die er mit sich bringt, in „Liebe" Verbrüderung schließen. Schlimm ist es für diese Leute auch, wenn man nun in der gegnerischen Presse angegriffen wird. Das kann man nun doch auch gar nicht verschmerzen. Zur Fahne möchte man wohl stehen, aber sie darf nur nicht durch den Sturm getragen werden. Wenn man sein „Ideal" hat, dazu auch ein wenig politisiert und darüber hinaus noch großen Optimismus besitzt, dann ist wohl alles in Ordnung. Das Ganze wird dann auch wohl politische „Taktik" genannt. Man muß sicher anerkennen, daß es eine politische Taktik gibt. So ist z. B. das Wahlbündnis der CSRP. mit der Volksrechtpartei ein rein taktisches Wahlbündnis. So etwas ist aber rein sachlich und kann den Notwendigkeiten entsprechend gemacht werden. Anders ist es aber, wenn man von der Grundsätzlichkeit einer Partei und ihrer programmatischen Arbeit Taktik verlangt. Das käme gleich einer Verbiegung des Zieles, und damit würde nicht nur Verrat getrieben, sondern dadurch würde auch jegliche fruchtbare Entwicklung gehemmt.

Der Wahlkampf zeitigt hierfür die besten Lehren. Wir wollen uns klar sein darüber, daß es in der CSRP auch noch eine ganze Menge „Leisetreter" gibt. Die möchten gerne und können nicht aus sovielen Gründen. Den ehrlichen Willen haben alle, aber sie haben Angst. Und am meisten Angst hat man, wenn nun die gegnerische Presse alles mögliche und unmögliche schreibt und wenn gehetzt und gelogen wird. Auf der einen Seite sind wir von Zentrum und bayerischer Volkspartei aus „kommunistisch", „russische Wehrwölfe" usw. Von der anderen Seite heißt man uns „Landesverräter", und die Kommunisten selbst nennen uns gar „Papstimperialisten". Sie schreiben davon, daß wir im „engsten Einvernehmen mit dem Erzbischof von Köln" arbeiten usw. (Siehe heutige Nummer.) Welche Ironie, gerade vor der CSRP., die Tatchristentum verlangt, die Erfüllung der Lehre Christi und der zehn Gebote, vor der wird von den offiziellen Hütern dieser Lehre gewarnt und werden von Bischöfen Erlasse gegen diese Partei herausgegeben. Von keiner Seite wird gerade ein solcher erbärmlicher und gemeiner Kampf gegen uns geführt wie von den „Pächtern der Religion und des Christentums", der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum. Und dann schreibt die kommunistische Presse davon, daß wir die Flankendeckung des „Klöcknerzentrums" sind und eine Avantgarde des Papstimperialismus'. Was wird nun die Zentrumspresse für eine Freude haben, sich das ausgerechnet von unseren „Bundesgenossen", den „russischen Wehrwölfen" sagen lassen zu müssen. Und wie werden erst die Zentrums- und BVP.-Pfarrer erschrocken sein, die jetzt wieder die Bischofserlasse gegen uns verlesen, gegen uns, die wir doch eine „Kommandohöhe" des Papstes besetzt halten, und im Auftrage des Kardinals von Köln arbeiten.

Es muß auch ein wenig Lächerlichkeit bei der ganzen Tragik sein, denn sonst würden wir sie zu ernst nehmen. Diese ganzen Widersprüche dürften uns, und besonders denen, die gern ducken und nicht anstoßen möchten, aber auch mit aller Deutlichkeit sagen, was wir für einen Weg zu gehen haben. Was kümmern wir uns zum Teufel darum, was die Parteigeschäftspolitiker und ihre Presse über uns zu sagen haben. Denn aus nichts anderem als aus parteipolitischen Machtinteressen resultiert der ganze Kampf gegen uns. Das gilt für das Zentrum, für die Bayerische Volkspartei und auch für die KPD. Denn wenn nicht Wahlpsychose und Parteiinteresse dabei wäre, könnte in der kommunistischen Presse niemals so geschrieben werden. Darum heißt es aber für uns, daß wir unbeirrt um links und rechts unseren Weg gehen. Machen wir unsere Sache gut, und alles andere wird uns gehören. Es wird unsere Aufgabe sein, auch die Lehren dieser Wahlperiode wieder praktisch auszunützen und zu verwerten. Die Linie und Zielklarheit der Partei muß noch um vieles besser herausgearbeitet werden. Das wird unsere nächste Aufgabe nach der Wahl, sie mag ausgehen, wie sie will, sein. Und uns wird die Zukunft nur gehören, wenn wir aus unserer Erkenntnis zu handeln wissen.

F.

Den Mißbrauchern der Religion.

„Man kann die Politik und die politischen Zeitkämpfe in eine verkehrte Verbindung mit der Religion bringen. Das ist oft und vielfach zum größten Verderben der Religion dadurch geschehen, daß man die Religion dem politischen Parteigetriebe dienstbar und sie so gewissermaßen zur Mitschuldigen verkehrter politischer Systeme machte. So wurde die Religion für die Lügen verantwortlich, welche in diesen politischen Systemen lagen."

Bischof von Ketteler in einer Rede am 26. März 1866 zu Freiburg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Im Wahlkampfe!

Unsere Feststellungen, Tatsachen und Zahlen, die wir dem Volke vor den Wahlen zur Entscheidung vorlegen, haben im politisch gegnerischen Lager begreiflicherweise Beunruhigungen erregt. Diese Tatsachen soll das Volk nicht wissen. Diese Zahlen, die mehr besagen als alle schönen Sprüche und Programme, die die Wirklichkeit zeigen, werden den Massen der bürgerlichen Parteien in solcher Sicht nicht vorgelegt.

Wir begreifen die Unruhe! Denn für solchen Skandal sind jene politischen Parteien und Mächte verantwortlich, die bisher den Staat regiert haben!

Aber dann darf man nicht, wie das „Fränk. Volksblatt" es tut, auch noch diese Tatsache verwischen oder gar leugnen wollen!

Da schreibt dieses Blatt, es sei nicht wahr, daß Cuno als Direktor der Hapag 600 000 RM. Gehalt bekomme! Wir haben bisher noch keine einzige Presse gefunden, die diese Tatsache, die seit Jahren in einem Großteil der deutschen Presse festgestellt ist, widerlegt worden wäre. Das „Fränk. Volksblatt" aber sagt: „Es ist nicht wahr." Den Beweis schenkt man sich!

Ebenso haben wir dargelegt, wie der Redner der BVP. im Reichstage zum Pensionskürzungsgesetz der Sozialdemokratie Dr. Pfleger, erklärte, er müsse dagegen sein, aus kulturellrechtlichen Gründen! Diese Tatsache hat der Parlamentsbericht der deutschen Presse gebracht, u. a. sogar auch die neutrale Generalanzeigerpresse („Würzbg. Generalanz." etc.). Das Volksblatt aber schreibt, die Redner der BVP. seien für die Kürzung dieser Pensionen eingetreten. In Nr. 156 ihres Blattes aber stellen sie aus der Sitzung des Haushaltsausschusses selber fest, daß der Antrag der Sozialdemokratie auf Kürzung der Pensionen vertagt worden sei. Für diesen Vertagungsantrag stimmten alle Parteien gegen die Sozialdemokraten, also auch die BVP.!

Eine weitere Sache: Unser Freund Silbersack hätte in Versammlungen gesagt, es gäbe Fälle, wo Beamte nach ihrer Pensionierung geheiratet und deren Frauen nach kurzer Ehe Pensionen erhalten hätten. Auch das stellt das Volksblatt, wenn auch mit einer Einschränkung, in Abrede. Tatsächlich aber kennen wir praktische Fälle, wo das vorkam. Wir kennen sogar einen Fall, wo ein solcher höherer Beamter, der sich scheiden ließ, ein junges Mädchen heiratete, das nur ein halbes Jahr mit ihm die Ehe verlebte. Diese junge Witwe bekam dann die Pension, während die erste Frau, die mehr als ein Jahrzehnt mit dem Manne verheiratet war, mit ihren zwei Kindern leer ausging — nach dem Gesetze!

Das Volksblatt meint, in Bayern bekämen die Minister keine Pension! Das Volksblatt wird uns auch niemals beweisen können, daß wir Ministerpensionen in Bayern herangezogen haben. Was wir hier heranzogen, sind die Pensionen bayerischer gewesener Reichsminister, vor allem die Pensionierungsgeschichte des Ministers der BVP., Stingl, der sogar einige Tausend Mark aus dem Dispensionsfond Hindenburgs erhielt! Zudem erhält, unseres Wissens, in Bayern nur der Minister keine Ministerpension, der kein Beamter ist!

Wenn man im politischen Kampfe kämpfen will, muß das mit dem Offenlegen der letzten Hintergründe geschehen. Dabei darf es kein Vertuschen und Verbiegen geben!

Und weitere Wahrheiten!

Das „Fränkische Volksblatt" bringt einen Artikel: „Wo sind die Werke, wo sind die Taten?"

Wir haben keinen Raum, jeder Behauptung die Tatsachen gegenüber zu stellen. Denn jede Behauptung ist eine Verdrehung oder Unwahrheit. Nur wenige Proben:

Fr. V.: „21 Monate Regierung Müller: Von einer Forderung nach Kürzung der hohen Pensionen ist bei den Sozialdemokraten nichts zu hören ... 5 Monate Regierung Brüning: Die Regierung legt einen Entwurf zu einem Pensionsverkürzungsgesetz vor."

Tatsache: Die SPD. hat den Antrag auf Kürzung hoher Pensionen wiederholt gebracht. Die bürgerlichen Parteien haben ihn niedergestimmt!

Fr. V.: „21 Monate Regierung Müller: Kein Notopfervorschlag. 5 Monate Regierung Brüning: Ein Notopfer der Beamten wird durch Notverordnung durchgeführt."

Tatsache: Die Sozialdemokraten stellten den Antrag auf ein Notopfer im Reichstag. Moldenhauer aber sabotierte die Sache. Das jetzige Notopfer ist kein Notopfer der hohen Gehälter etc., sondern es trifft den kleinsten Beamten.

So geht es weiter! Uns wundert nur, daß man heute noch Leser findet, die ein derartig kurzes Gedächtnis haben, daß sie solchen Schwindel nicht einmal zu merken scheinen!

Wer hat die Arbeitslosenversicherung verschlechtert?

Dem „Würzburger Generalanzeiger"

der politisch „neutral" sein will, können wir schon die Antwort geben auf seine „Neutralität", mit welcher er gegen die „Splitterparteien" loszieht und dabei auch noch extra die Volksrechtpartei und die CSRP. ausdrücklich heranzieht. Wir verzeihen es ihm, daß er in seiner Spießerlichkeit nicht zu dem Gedanken sich aufraffen kann, daß im politischen Leben, wenn das Alte morsch und faul geworden ist, sich von unten auf auch Neues, das klein anfangen muß, gestalten kann. Wir verzeihen es ihm, daß er nicht zu wissen scheint, daß alles Große einmal klein begonnen hat. Wir verzeihen es ihm, daß er nicht zu wissen scheint, daß die „große" SPD. jahrelang mit einem Abgeordneten im Reichstage saß und Jahre brauchte, bis sie so viele Stimmen aufbrachte, als wir bei der letzten Wahl bereits hatten. Wir verzeihen es ihm, daß er kein Verständnis dafür hat, daß unten, im Volke auch eine lebendige, organische, langsam wachsende Front außerhalb des Gemansches heutiger Breiparteien und Interessenhaufen sich bilden kann. Aber wir vergessen ihm nicht, daß er zur Wahlzeit seine neutrale Schlangenheit abstreift und sich entpuppt als Gegner jener Richtungen, die, ehrlicher als die großen Parteien, an den großen Geldsack für das schaffende Volk gehen wollen. Denn er hat ja auftragsgemäß den großen Geldsack zu verteidigen. Dafür wird er bezahlt, d. h. dafür werden seine Redakteure bezahlt. Und wes Brot ich eß ...! Aber er wird auch bezahlt vom schaffenden Volke, von den Massen der kleinen Leute in Franken! Und da können wir es ihm schon durch die Tat zeigen, daß auch „Splitterparteien", die immer mehr im sittlichen Wollen des Volkes wurzeln, verwurzeln und wachsen, etwas bedeuten können. Wir wollen nicht vergessen, bei unsern Versammlungen in Franken, die nach der Wahl mit neuem Hochdruck einsetzen, wo der „Generalanzeiger" steht, und wollen es den Bauern und Arbeitern sagen! Dann soll er sich seine Leser bei den Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei und den Abonnenten des „Fränkischen Volksblatts", bei den „großen" Parteien, holen! —

Christlich-Soziale und Inflationsgeschädigte, gebt dem „W. G." die richtige Antwort: Wer uns Fußtritte versetzt, darf unsere Schwelle nicht mehr überschreiten!

Wen wählt der kath. Pazifist?

Die „Zukunft" Hamburg schreibt:

„Gerade die Katholiken unter unsern Bundesmitgliedern werden zugeben, daß keine Partei so sehr enttäuscht hat, wie das Zentrum. In der jungkatholischen Presse werden Stimmen laut, die den im Zentrum mehr und mehr zutage tretenden Geist als widerkatholisch geißeln. Aber unsere katholischen Freunde, die trotz der Enttäuschung über das Zentrum vielleicht nicht ohne weiteres eine unkatholische Partei wählen wollen, können ihrer Weltanschauung durch die Wahl der Christlich-Sozialen Reichspartei Ausdruck geben. (Man beachte: einige deutschnationale Absplitterungen verwenden ebenfalls die Bezeichnung „christlich-sozial"; die hier erwähnte ist also unterschieden durch das Wort: Reichspartei.) Diese „Splitterpartei" ist pazifistisch und sozialistisch und tritt für die Kriegsdienstverweigerung ein. Sie ist auch katholisch, oder richtiger gesagt, christlich; denn auch nichtkatholische Christen gehören ihr an. Ein jeder Pazifist kann sie wählen. Denn das Wort „christlich" soll keine dogmatische Bindung aussprechen, sondern nur betonen, daß auch im politischen Leben der sittliche Maßstab zu gelten hat."

Aufruf an die akademische Jugend.

Noch stehen die meisten von Euch im nationalsozialistischen Lager. Die besonders intensiv in Euren Kreisen betriebene Propaganda der kapitalistischen Kreise gibt Euch nicht die Klarheit zur Beurteilung der heutigen Wirtschaftslage. Während Millionen brotlos auf der Straße liegen, während Zehntausende Eurer Kollegen schon seit Jahren auf irgendeine Anstellung warten, während gerade jetzt durch die Rationalisierungsmaßnahmen des Farben- und Stahltrusts sowie anderer Konzerne Tausende von Chemikern, Ingenieuren und Volkswirtschaftlern abgebaut werden, steht Ihr in großer Zahl in nationalistischen Verbindungen und beteiligt Euch am Hitler- und Stahlhelmrummel. Erkennet Eure Lage! Zehntausende Akademiker sind schon brotlos und bei dem dauernden Anschwellen der Studentenzahlen werden es in einigen Jahren Hunderttausende sein. Euch winkt dasselbe Schicksal wie dem gewöhnlichen Handarbeiter und Ihr seid doch ebensolche Proletarier wie sie. Bedenkt, daß die Kulturreaktion in vollem Gange ist. Die Verdummung des Volkes wird planmäßig durchgeführt. Allein in Preußen werden 10 000 Volksschullehrerstellen abgebaut. Der Abbau an mittleren und höheren Schulen wird folgen. Durch diese Verdummungsaktion sollen die Massen weiterhin willfähriges Werkzeug des Kapitalismus bleiben. Daher rufen wir Euch zukünftigen Geistesarbeitern zu: „Schließt Euch zusammen mit der Masse der handarbeitenden Proletarier zur Bildung der großen Einheitsfront aller Schaffenden. Erinnert Euch, daß die akademische Jugend zu allen Zeiten sich begeistert für Friede, Freiheit und Fortschritt der Menschheit eingesetzt hat. Tretet ein in die CSRP. zum gemeinsamen Kampf gegen dieses kapitalistische Unterdrückung. Freiheit und Recht dem schaffenden Volke!

Und dabei 14. September alle studentischen Stimmen der Liste 11.

Heinrich Seibert, Wiesbaden.

Frauen, helft!

„Ja, wo und wie sollen wir helfen", wird manche unserer Mitschwestern sagen, „wir verstehen doch nichts von Politik?" Ganz weh wird einem bei solch gleichgültig hingeworfenen Worten. Liebe Mitschwester! Du kannst viel helfen, auch wenn du dich bisher mit Politik nicht befaßt hast und keine großen Reden schwingen kannst. Gerade die Kleinarbeit, von Mund zu Mund, für unsere gerechte christlich-soziale Sache zu werben, ist außerordentlich wichtig. Es wird so manche Minute vertrödelt und verschwatzt mit der Freundin, Nachbarin, Bekannten; diese auszunützen, ist heute im Wahlkampf heiligste Pflicht. Beschämend ist es, wenn man sieht, wie andere Frauenorganisationen öffentliche Wahlpropaganda treiben. Wir Frauen der Christlich-sozialen Reichspartei wollen nicht diese lärmende und aufreizende Bewegung, sondern still und zielbewußt, wo sich uns Gelegenheit bietet, dem Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

Die heutige Not ist für uns alle ein Unglück. Darum helft alle mit, zeigt in der Tat, daß wir christlich-sozial sind und den ernsten Willen haben, unsern Führern Munition herbeizuschaffen, damit sie den Kampf für Wahrheit und Recht auch führen können. Gib das „Neue Volk" und Flugblätter weiter, so kann jede helfen, auch wenn sie wenig Zeit hat. Also, auf in den Kampf! Besucht die Wahlversammlungen, sowie die regelmäßigen Monatsversammlungen und bringt noch andere mit.

Frau C. Wegener.

Freunde, denkt an unseren Wahlkampffonds Postscheckkonto 330 38 Nürnberg, Christlich-Soziale Reichspartei, Würzburg, Karthause 11a.

Wählerinnen Wählt zur Schuh- und Bodenpflege Büdo

Die Heimweber.

... Und nun Zahlen! Bitte, meine Damen und Herren, Zahlen! Wir leben in der Zeit moderner Sachlichkeit! Zahlen entscheiden. Was verdient so ein Mann? Wieviel leistet er? Was kann er schaffen, wenn er fleißig ist?

Einen Moment, meine Herrschaften, Sie werden sofort bedient.

Der Heimweber bekommt von seinem Abnehmer für das laufende Meter Gewebe 7½ Pfennig. Hundertzwanzig Meter sind eine Kette. Wenn er sich ranhält, d. h. wenn er dreizehn bis vierzehn Stunden am Tage arbeitet, kann er eine solche Kette in vierzehn Tagen bewältigen, — d. h. er verdient in vierzehn Tagen für insgesamt 189 Arbeitsstunden 120 mal 7½ Pfennig = 9.— RM. Manchmal sind es noch weniger, z. B. 6.30 RM., auch 8.20 RM., manchmal auch ein paar Pfennige darüber. Im großen und ganzen kommt er selten über 8.50 RM. Das ist der Durchschnitt. Daß er sich einen halben Tag verläuft, indem er die fertige Ware hinunter und das geliehene Garn wieder hinauf trägt, wird ihm natürlich nicht angerechnet.

(Chronik der Menschheit.)

Staatspartei?

Als Spitzenkandidat der Deutschen Staatspartei ist für die bayrische Rheinpfalz der unseren Lesern wohlbekannte Ritter von Eberlein aufgestellt worden. Eberlein ist ein ehemaliger Mädchenschuldirektor. Er bekam den persönlichen Adel, weil er im Kriege ein ganz besonders wüstes Draufgehen gezeigt hatte. Auch wurde er bayrischer Oberregierungsrat. Im Jahre 23 organisierte er die bekannte Heidelbergen Pfalzzentrale, die die Morde in der Pfalz durchführte, so die Morde an den pfälzischen Regierungsmitgliedern im Bayrischen Hofe in Speyer — über die das letzte Wort noch nicht gesprochen ist — wobei auch der bekannte Heinz aus Orbis getötet wurde. Eberlein hatte bayrische Regierungsgelder aus dem Referat des Ministerialrates Zetlmayer zur Verfügung, mit denen er die Mordbrennereien in der Pfalz organisierte. So die Rathauserstürmung in Pirmasens, wo man die Anhänger der pfälzischen Bewegung auf dem Balkon der Menge zeigte, um sie dann in's Feuer zu werfen und, nachdem sie vorher mit Benzin übergossen waren, elendiglich darin umkommen zu lassen. Für alle diese Dinge trägt Eberlein die Verantwortung und gehört deshalb vor den Staatsanwalt. Die Staatspartei aber nimmt ihn als Spitzenkandidaten. Hat deren Leitung keinen Sinn für die politische Moral? Hat sie keinen Sinn dafür, daß sie durch die Aufstellung Eberleins die Chancen einer deutsch-französischen Verständigung auf null herabsetzt? Gibt es nicht einige rechtlich denkende Männer in der Staatspartei, die ihre Zugehörigkeit zur Partei von der Zurückziehung der Kandidatur Eberlein abhängig machen?"

So schreibt die „Chronik der Menschheit". Und da gibt es kath. Jugend, die sich für „Staatspartei" sogar begeistern kann? —

Zentrumsart!

Traditioneller Weise mißbraucht das Zentrum die katholischen Vereine zu Wahlzwecken. Aus einem Bericht über eine Versammlung des „Volkverein" in Marialinden entnehmen wir folgendes:

„Aus den Darlegungen erwies sich, daß für die Katholiken nur diejenige Partei in Frage kommen kann, die auf christlich-sozialem Standpunkte steht und das ist die Zentrumspartei. Dies wurde von den Anwesenden mit Beifall begrüßt ...."

„Rheinisch-Bergische Zeitung" Nr. 203 vom 1. September 1930. Auch wir würden dies begrüßen, wenn wir nicht wüßten, daß es gelogen ist.

Das war kein Heldenstück, Herr Dr. Mumm!

Aus Görlitz wird berichtet, der „Führer des Christlich-sozialen Volksdienstes", Herr Dr. Mumm, habe dort in einer Wahlversammlung unter anderem ausgeführt:

„Eine individuelle Aufwertung hätte furchtbare Folgen gehabt und sei darum unmöglich gewesen. Die Leute, die immer nur an ihr eigenes verlorenes Vermögen dächten, muß man bemitleiden."

Entweder versteht Herr Dr. Mumm nichts von der Aufwertung — und dann hätte er besser geschwiegen. Oder aber ist er als alter Deutschnationaler noch heute überzeugt von dem, was ihm die Schuldner in seiner früheren Partei eingeimpft haben, für deren volle Geldbeutel vielleicht die individuelle Aufwertung einige Folgen hätte. Oder gehört Herr Dr. Mumm gar selbst zu den Kreisen der Schuldner, die sich gegen die Wiederherstellung des Rechts wehren?

Was Herr Dr. Mumm über die Leute sagt, die „nur an ihr eigenes verlorenes Vermögen dächten", ist alles andere als christlich. Wir nehmen an, daß Herr Dr. Mumm es nicht nötig hat, an sein verlorenes Vermögen zu denken. Er scheint sich aber nicht in die Lage solcher Menschen versetzen zu können, denen man durch die Inflation alles geraubt hat, die heute als Rentner von den kärglichsten Almosen leben müssen. Hat Herr Dr. Mumm noch nichts von den zahllosen Notselbstmorden in Deutschland gehört? Und sieht er nicht die Verschwendung, welche andere treiben, die sich das Vermögen der Beraubten angeeignet haben? Wo bleibt der Geist Christi, der die Wucherer mit Peitschenhieben aus dem Tempel getrieben hat? Würde er nicht heute wiederum Anlaß genug haben, gegen das Otterngezüchte der Inflationsräuber vorzugehen? Nein, Herr Dr. Mumm, der Kampfgeist Christi ist nicht bei Ihnen; er ist bei der Volksrecht-Partei und bei der mit ihr verbündeten Christlich-Sozialen Reichspartei!

Da wir immer für das Recht der Beraubten und Betrogenen eingetreten sind, ist die Stellungnahme des Führers einer christlich sein wollenden Partei interessant genug, ver-

Aus der Bewegung.

Landesverband Bayern.

Freunde, der Wahltag, Zahltag naht! Denkt noch einmal an all den Betrug, an all die Enttäuschungen seit den Versprechungen vor der Wahl 1928. Soll dem deutschen Volk nochmal die wertvolle Zeit von Jahren durch die Lauheit und falsche Geistigkeit, durch Wahlenthaltung, oder Wahl der alten verlogenen Parteien genommen werden?

Nein! Nie und nimmer!

Für das schaffende Volk heißt am Sonntag, den 14. September die Parole:

Wir wählen Liste 11!

Sagen wir es allen, die wir erreichen können, allen, die nicht wissen, was sie wählen sollen. Sagt ihnen: wir wählen Christlich-Sozial. Wir wählen **Liste 11.**

Wir wählen die Partei des kleinen, ehrlich schaffenden, dafür von allen angeblich nationalen und christlichen alten Parteien betrogenen Volkes, als Antwort dafür **Liste 11.**

Tue jeder seine Pflicht für sich und bei anderen. Bleibe keiner zu Haus. Nehme jeder seine Frau, seine wahlberechtigten Söhne und Töchter, wie Freunde und Freundinnen zur Wahl mit.

Der Landesvorstand.

Kreisverband Unterfranken.

In letzter Stunde ein letzter Appell an unsere Freunde in Franken. Auf zur letzten Wahlarbeit! Macht Hausagitation und klärt auf über das, was wir wollen. Der 14. September wird der erste Aufmarsch für unsere Bewegung in Franken sein, gleich nach der Wahl werden wir weiter arbeiten und weitere Zellen bilden in ganz Franken. Das Flugblatt der Bayr. Volkspartei gegen uns werden wir beantworten durch Versammlung und straffste Arbeit, wir werden dem Volke die Maske der BVP. zeigen. Der letzte Mann im Dorf muß an die Wahlurne für die Liste 11!

Der Kreisleiter.

Freunde, gebt mir bitte umgehend die Wahlresultate der einzelnen Gemeinden bekannt, wo wir Stimmen erhielten. Wo es möglich, am Sonntag abend noch durch Telegramm an „Das Neue Volk", Würzburg.

Der Kreisleiter: B. Silbersack.

Würzburg. Am Sonntag abends 8 Uhr treffen sich die Freunde mit ihren Angehörigen im Gasthaus „Vier Jahreszeiten", Haugerpfarrgasse, zur Entgegennahme des Wahlresultates. Freunde, erscheint restlos.

Der Aufmarsch der Bauern im Ochsenfurter Gau.

Der Ochsenfurter Gau, der fast nur reine Bauerndörfer kennt, war bis jetzt das Hauptquartier der BVP. Der letzte Sonntag sah auch hier 3 große Bauernversammlungen, in denen Freund Silbersack aus Würzburg sprach über das Thema „Nun Schluß mit dem Volksbetrug". Überall großer Aufbruch der Bauern für die CSRP. trotz des Schmutzflugblattes. Auch hier werden wir weiter arbeiten für die Einheitsfront des schaffenden Volkes.

Auch in der Bamberger Gegend sprach Dienstag abends in einer großen Versammlung der Steinarbeiter und Bauern Freund Silbersack aus Würzburg. Großer Aufbruch, unser die Zukunft!

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Stadtverband Berlin. Mit großer Spannung erwarteten unsere Berliner Freunde das Ergebnis der großen öffentlichen Wählerversammlung. Um es vorweg zu sagen: ein guter, ungeahnter Erfolg. In der dichtbesetzten großen Aula saßen sie in Reihen die alten Freunde aus allen Stadtteilen, die Gewerkschaftler, die Freunde aus dem Gesellenverein und allen anderen Jugendbünden und Gruppen und stimmten begeistert den vier Rednern des Abends zu. Hohe Worte der Anerkennung sprach in der Diskussion Justizrat Dr. Fränkl (Vorsitzdr. d. deutsch. Tierschutzverb.). Unter anderem prägte er das Wort: „Ich gehöre keiner Partei an, was ich aber am heutigen Abend gehört habe, zwingt mich zu sagen: Die Christl.-Soz. Reichspartei ist konkurrenzlos". Immer unbehaglicher wurde es unseren Freunden vom Zentrum. Nur durch besondere Aufforderung meldeten sich endlich einige. Etwas Wesentliches konnten sie nicht vorbringen; das übrige, längst Widerlegten, wurde von den Anwesenden spontan abgelehnt. Sie zogen es vor (einige) den Saal zu verlassen. Wir haben bewiesen: die CSRP. Berlin marschiert. Neuaufnahmen, Bestellungen des „N. V." und größere Wahlspenden wurden gemacht. Wir quittieren: R. M. 5.—; J. N. 3.—; J. M. 2.—; G. S. 5.—; G. K. 3.—; Dr. W. 5.—; A. Sch. 3.—; W. J. 10.—; F. K. 2.— RM. Gesamtsumme: 371.20 RM. Herzlichen Dank allen. — Wir möchten auch hinweisen auf die große Versammlung der Volksrechtpartei am Freitag, den 12. September in den Kammersälen, Teltowerstraße. (Näheres Anschlagsäule.) Nun, Freunde, am 14. September bringt den letzten Mann mit an die Urne für Liste 11. Montag, den 15. September (Wahlergebnisse) im Parteilokal Holzmarktstr. 73, Versammlung. Parteibeuanmeldungen: Robert Heß, O. 27, Blankenfeldestr. 5. Einzahl-Karte CSRP. Berlin 57102.

Landesverband Hessen-Nassau.

Bezirk Fulda.

Rasdorf. Hier fand eine Bauern- und Arbeiter-Versammlung statt. In Scharen waren die Leute von dem umliegenden Ortschaften herbeigeeilt. Das Zentrum war mit schweren Geschützen aufgefahren. Freund Broege legte in eineinhalbstündiger Rede klar die Not des Volkes dar. In der Aussprache stellte Kreistagsabgeordneter Flach (Ztr.) den christlichen Standpunkt des Zentrums heraus, verlas den Artikel „V. Heller und seine Trabanten". Seine Ausführungen wurden mit Johlen und Schreien beendet. Dann sprach Reg.-Rat Kiehl für den Kapitalismus, und sagte, uns könne nur der 10 Stunden-Tag retten. Seine Ausführungen riefen helle Entrüstung hervor, und die Abfuhr, die er im Schlußwort erhielt, wird er nicht sobald vergessen. Rasdorf war Neuland, wir haben Boden gewonnen.

Grossentaft. Auch hier fand eine gutbesuchte Versammlung der CSRP. statt. In der Diskussion sprach der Herr Pfarrer, der den Ausführungen des Redners (Broege) im großen und ganzen recht gab. Er glaubte nur, daß das Zentrum allein die Interessen der Bauern und Arbeiter vertreten könne. Auch hier war die Stimmung sehr gut.

Elterfeld. Die Versammlung war hier nicht so gut besucht wie in Rasdorf und Grossentaft, was darauf zurückzuführen ist, daß einige Stunden vorher die Nazi und SPD. Versammlungen abhielten. Die Anwesenden waren ganz für uns eingenommen und werden uns am 14. September ihre Stimmen geben.

Wir haben an den beiden Tagen erfolgreich im Hünfelder Land vorgestoßen und werden auch hier weiter unsere Bewegung ausbauen.

Landesverband Rheinland.

Die Sammlung zum Wahlfonds hatte bis jetzt folgendes Ergebnis: Ortsgr. Köln-Mülheim 60.—; Ortsgr. Ellendorf bei Aachen 30.—; Ortsgr. Würselen 30.—; Ortsgr. B.-Gladbach 30.—; Ortsgr. Hamborn 29.50; Ortsgr. Walsum 27.70; Ortsgr. Aachen, Stadt 26.50; Ortsgr. Essen-Steele 20.—; Ortsgr. Köln-Holweide 20.—, Ortsgr. Essen-Borbeck 20.—; Ortsgr. Benrath 20.—; Ortsgr. Matzerath-Erkelenz 18.60; Ortsgr. Brand bei Aachen 10.—; Ortsgr. Verlautenheide 10.—; Ortsgr. Höngen 8.—; Ortsgr. Goch, Niederrhein 7.45; Ortsgr. Cornelymünster 5.50; Ortsgr. Hückeswagen 5.—; H. R., Essen 5.—; Ortsgr. Köln-Stammheim 3.50; Ortsgr. St. Tönis 3.—; Ortsgr. Offermannsheide 2.—. Zusammen 385.75 RM.

Herzlichen Dank Euch allen, liebe Freunde, die Ihr bereits einen Teil der gesammelten Beträge zum Wahlfonds abgeliefert habt! Sammelt weiter! Durch Euer gutes Vorbild werden die noch ausstehenden Ortsgruppen und Freunde zur eifrigsten Sammel-Tätigkeit ermuntert und werden diese, in dieser Woche noch, die bis jetzt gesammelten Gelder auf das Postscheckkonto 64 704, Amt Köln, Peter Heinrich Huppertz, Köln-Mülheim, einzahlen! In allen Landes-Verbänden wird eifrig und fleißig zum Wahlfonds gesammelt! Trage jeder dazu bei, damit der Landesverband „Rheinland" nicht zurücksteht!

Stadtverband Essen. Am Abend des Wahltages (14. Sept.) treffen sich die Freunde um 7 Uhr im Restaurant „Lindenhof", Wirt Dickmann, Buddestraße (Nähe Kronenberger Bierhalle). Wir bitten auch die Frauen der Mitglieder an dieser Versammlung teilzunehmen. Es wird u. a. das Wahlresultat bekanntgegeben. Außerdem hält Parteifreund Beckmann ein kurzes Referat.

Ortsgruppe Altendorf. Alle Freunde und Gönner erscheinen am Freitag, den 12. September, abends 8 Uhr, bei Wirt Neumann, Ehrenzellerstr. und Hussmannstr.-Ecke, zu unserer letzten Versammlung vor den Wahlen. Es gilt die letzten Wahlarbeiten zu treffen. Alle erscheinen, auch die Frauen.

Der Vorstand.

Landessekretariat Westdeutschland.

Freunde! Die Stunde der Entscheidung ist da. Der Kampf und die Werbung geben bis zum Abschluß des Wahlaktes weiter. Der Sonntag muß noch ausgenützt werden. Das letzte Flugblatt, die letzte Zeitung und das letzte Plakat müssen heraus. Nichts darf liegen bleiben. Achtet auf die Besetzung der Wahllokale und auch dort auf gute Propaganda.

Die Ergebnisse der einzelnen Gebiete werden von den Freunden aus den örtlichen Zeitungen gesammelt, um sie für die Weiterarbeit zu benutzen.

Das Ergebnis der Sammelaktion wird sofort mitgeteilt und die Beträge sofort an die Landeskassierer zur Abdeckung unserer Kosten eingesandt.

Nochmals: wir setzen bis zur letzten Stunde alles daran, den Erfolg zu sichern, den Durchbruch zu vollziehen.

Mit Kampfgruß!

Hans van de Sandt.

Das Kampf- und Werkblatt der jungen politischen Generation ist

„Die junge Tat"

Kampfblatt der christlich-sozialen Jugend

Erscheint monatlich. Preis 10 Pfennig die Einzelnummer. Unterstützt den Kampf der Jugend. Bestellt sofort bei W. [illegible], Essen Steppenbergerstr. 58.

Soeben erschienen:

12 Studien

über politische Ereignisse und volkswirtschaftliche Zustände im Lichte der katholischen Moral

Von Arthur Miller von Aichholz.

★

Mit einer Abhandlung über das

Versagen der Katholiken im sozialen Leben

von Dr. theol. et phil. et rer. nat. et rer. pol. Johann Ude, Professor der kath. Theologie a. d. Universität Graz.

★

Eine Würdigung der Lehre und des sozialen Wirkens des Volksapostels Dr. Ude.

Diese Abhandlungen waren der Anlaß zum

Redeverbot Dr. Ude

Recht oder Irrtum?

Es ist hochinteressant, diese kritische Broschüre zu lesen, um sich selbst ein Urteil über die hohe ideale Auffassung dieses streng katholischen Gelehrten über das Christentum der sozialen Tat zu bilden. Es sind flammende Anklagen über den Verfall im religiösen Denken. Der Vortrag von Dr. Ude, den er über bischöfliche Weisung zu widerrufen gezwungen war, ist in dieser Broschüre vollinhaltlich abgedruckt. Preis RM. 2.00 (15 Pfg. Porto).

Zu beziehen durch: Berthold Silbersack, Würzburg, Rottendorferstraße 8, Postscheckkonto Nürnberg 31 096.

Wähle die Marke Büdo — Schuhpflege, Bodenpflege, Metallputz

Die Junge Tat.

Allen Vertrauensleuten für das Zeitungswesen gehen in dieser Woche eine Anzahl Exemplare vom Kampfblatt unserer Jugend zu. Dieselben wollen noch vor der Wahl zweckmäßig verwandt werden. Gebt sie den Jungwählern in die Hand, bringt den Kampfwillen der christlich-sozialen Jugend zu den jungen Menschen aller Richtungen.

Es muß Sorge der Ortsgruppenleitungen sein, überall eine Jugendgruppe zu gründen. Der regelmäßige monatliche Bezug der „Jungen Tat" muß sichergestellt werden. Das Einzelexemplar kostet nur 10 Pfennig. Der Betrag kann von einem Jugendlichen immer aufgebracht werden. (Näheres s. Rundschreiben.)

Aus Franken.

Auf die vielen Anforderungen von Versammlungsrednern in fränkische Orte, müssen wir mitteilen, daß es uns vor der Wahl nicht mehr möglich war, Franken so wie es notwendig gewesen, zu bearbeiten. Wir haben uns auf besondere Wahlkreise konzentrieren müssen. Auf den schamlosen Kampf der Bayer. Volkspartei gegen uns ist es auch nach der Wahl noch an der Zeit, die notwendige Antwort zu geben. Wir bitten unsere Freunde, für den 14. September ruhig zu arbeiten. Die Abrechnung mit Lüge und Demagogie wird noch folgen. Unsere Arbeit ist nicht mit einer Wahl, mag sie ausfallen wie sie will, beendet.

Von der Volkshochschule Comburg. Der Winterkursus der Volkshochschule Comburg bei Schwäb. Hall dauert von Anfang November 1930 bis Ende Februar 1931 mit kurzer Weihnachtsunterbrechung. Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; Fragen der bildenden Kunst, Dichtung, Musik und Festgestaltung; Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache; Gesundheitsfragen. Alter: mindestens 18 Jahre. Kosten: 250.— RM. für den Kurs, Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. Eine Anzahl von Teil- und Vollfreistellen steht zur Verfügung. Meldung: Arbeiter und Angestellte, die berücksichtigt werden wollen, sollten möglichst bis Anfang Oktober ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Darlegung ihrer geistigen Interessen einreichen.

DIE ZEIT. Die diesmalige Nummer der von Prof. F. W. Foerster herausgegebenen „DIE ZEIT" (Berlin, Baumschulenweg) erscheint als Doppelheft (das zweite Septemberheft fällt dafür aus). Von wichtigen Artikeln sind darus zu nennen: Das Problem der deutschen Ostgrenze, vom Herausgeber; Östliches Paneuropa, von Oswald Zienau; Landwirtschaftliche Weltwirtschaft, von Leopold Katscher; Deutsche und französische Methoden in der Behandlung der elsäßischen Wirtschaft von einem Elsäßer; Zur Neuorientierung der deutsch-französischen Beziehungen von Hubert Frank; Flaubert von Richard v. Schaukal; Vom „Geist der Wahrheit", vom Landgerichtsrat Raimund Eberhard; Die Landvolkbewegung von Dr. Oskar Stillich; Antisemitismus, von Alfred Seligmann; Das Bild des Dorian Gray, von Georg Sinn; Die industrielle Rüstung Deutschlands, von Carl Mertens; verschiedene Betrachtungen über Danzig und Polen, die Korridordiskussion, Minderheitenpolitik, Agrar- und Finanzpolitik, von Hans Schwann; sowie ein Überblick über eine polnische Philosophie der Geschichte, von Dr. Otto Forst de Battaglia. Der Herausgeber selbst nimmt außerdem noch Stellung zu verschiedenen aktuellen Völkerbundproblemen, setzt sich ferner mit einem Nationalsozialisten auseinander, um im pädagogischen Teil über „Soziale Kultur und Erziehung" zu sprechen.

Geschäftliches.

Wir machen unsere verehrten Leserinnen darauf aufmerksam, daß die Firma Wilhelm Zapff, Würzburg, im heutigen Anzeigenteil einen praktischen Kleiderstoff, nämlich Waschsamt, anbietet. Dieser Stoff ist so recht für flotte Kleider geeignet und kostet dabei sehr wenig. Unseren auswärtigen Leserinnen, die nicht nach Würzburg kommen können, schickt die Firma Wilhelm Zapff auch gerne Muster zu.

Bitte!

Ein Bergmann (Invalide) möchte gern einen Radio für Netzanschluß, 220 Volt (Wechselstrom) erwerben und bittet edeldenkende Menschen um Angebote. Zuschriften an das „Neue Volk", Würzburg, unter 250.

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit das Wochenblatt

„Das neue Volk"

Herausgeber Vinus Heller. — Verlag Würzburg.

Preis monatlich ohne Zustellgebühr 80 Pfennig

Für das _____ Quartal 192__

Für den Monat _____

Name: _____

Wohnung: _____

Wohnort: _____

Ausschneiden. Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen oder dem Postboten einhändigen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Jeder Kaffee schmeckt besser,

wenn er richtig gewürzt ist. Würze wie Löwenkaffee oder Getreidekaffee sein, statt wählt er durch „Aufs Ganze" blumigen Aroma und würzkräftigen Geschmack.

Auch Sie sollten diesen Genuß und sehr ausgiebigen Kaffeezusatz versuchen. Denn durch „Aufs Ganze" wird das lieb gewordene Kaffeegetränk nicht nur verbessert, sondern auch verbilligt.

ALLGEMEINE RUNDSCHAU

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK UND KULTUR
HERAUSGEGEBEN VON DR. GEORG MOENIUS

Die altangesehene, sturmbewährte Zeitschrift hat sich nach dem Urteil der Presse

»prächtig verjüngt!«

Ein erster Mitarbeiterstab nimmt in programmatischen Aufsätzen Stellung zu allen Fragen der Religion, Kultur und Politik.

Die Rubrik „Blicke auf die Zeit" gibt eine Uebersicht, die die verwirrenden Tagesereignisse klären und beurteilen hilft.

Keiner Partei dienstbar, abendländisch und völkerversöhnend.

Verlangen Sie Probenummer oder bestellen Sie ein Probe-Abonnement zum Vorzugspreis von 3 Mark für das Vierteljahr

Verlag der Allgemeinen Rundschau, München, Galerieстraße 35a

Für das

Herbstbauprogramm

empfehlen wir unsere aus enthokten und gewaschenen Schlacken und reinem Zement erstellten

Formbausteine D. R. P. 326 435

Würzburger Hohlblocksteine

38×25×19 und 30×20×19 cm, verwendbar für 4 Mauerstärken.

Zementschlackensteine in Schwemmsteinformat 9×12×25 in der seitherigen guten Qualität, solange Vorrat reicht, in der neuen Normenqualität wesentlich billiger.

Rasche Mauerung, Mörtelersparnis, Wärmeschutz, Feuerbeständigkeit, Schallsicherheit, **Nagelbarkeit und beste Haftung vom kleinsten Nagel bis größten Kloben**, rascheste Bauaustrocknung, daher Beziehbarkeit binnen kürzester Frist und Mietersparung sind die hervorragendsten Eigenschaften für Gebäude aus unseren Fabrikaten. Bei Bedarf ersuchen um Anfrage. Billigste Preise.

Baustein-Werk G.m.b.H.,
Würzburg Z, Bauerstraße 1, Telefon 5487.

Eine trockene Wohnung durch

Rhein-Schwemmsteine

Prompte und preiswerte Lieferung von Bimsprodukten aller Art, sowie Mauersand besorgt

Parteifreund Jean Adelfang,
Engers a. Rhein,
Bendorferstraße 28 a.

DURCH RADIO ZUM AUTO!

Beachten Sie das 18000-RM-Preisausschreiben der Südwestdeutsch. Rundfunkverleihung Frankfurt-M. vom 19. Sept. bis 31. Okt., verbunden mit d. Opel-Werbefahrt der L. S. Z. Zusendung der Teilnahmebedingungen kostenlos.

Danksagung

Ischias-, Gicht- und Rheumatismus-Kranken

teile ich gern gegen 15 Pf. Rückporto sonst kostenfrei mit, wie ich vor 5 Jahren von meinem schweren Ischias- u. Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

J. Stieling, Kantinenpächter
Frankfurt / Oder, 237
Bindenburgstr. 42.

Kaffee-Säcke

ca. 20000 Stück, aus starkem Gerstenkorn-Handtuchstoff, unzerschnitten, ungenäht u. ungebraucht, weiß mit rotem Rand,

ganz billig

Jeder Kaffee-Sack enthält 2 gute waschechte Handtücher

Preis per Sack 68 Pfg.

Abgabe nicht unter 10 Säcken, bei 50 Säcken franko. Versand per Nachnahme ohne Zwischenhandel direkt an Private. Bei Nichtgefallen Geld zurück

„Holsten" Textil-Versand, Lübeck
Wahmstr. 14

Lest die Broschüre:

Die Reichswehr

von Lehmann-Rußbüldt

RM. 1.00

Bestellungen erbittet:
Berthold Silbersack
Würzburg
Rottendorferstr. 8

In 3 Tagen

Nichtraucher

Auskunft kostenlos. Sanitas-Depot Halle a. S. 188M

Patent-Röste

bestes Fabrikat, jede Grösse
18-, 20-, 22-, 25.- Mk.
Lieferung überall hin franko

Max Zepf
Mosbach (Baden)
Fabrikation von
Stahldraht-Matratzen

Für Lumpen, Eisen, Papier u. Metalle etc.
zahlt stets die höchsten Tagespreise
Franz Bauer
Innerer Graben 20,

Abholungen werden auf Wunsch prompt vorgenommen.
Auch Samstags geöffnet.

Waschsamt

praktisch und flott, für Straße, Sport und Haus

Waschsamt bedruckt, in den neuesten Dessins, große Auswahl, Meter ℳ 2.90, 2.60, 2.50, 2.30, 2.00 und **1.90**

Waschsamt einfarbig, Ia. Qualitäten, große Farbensortimente . . . . Meter ℳ 2.90, 2.60 und **2.40**

Waschsamt Lindener Qualitäten, einfarbig und aparte Druckmuster Meter ℳ 4.80, 4.20, 3.90 und **3.60**

Kunstseiden-Waschsamt bedruckt, das weichfließende, elegante Gewebe . . . . . Meter ℳ 4.80, 3.90, 3.70, 3.60 und **3.20**

Bei allen Bar-Einkäufen noch 5% in grünen Rabatt-Sparmarken.

Wilhelm Zapff
Marienstraße · Eck · Juliuspromenade
Würzburg

Kaufe bei unseren Inserenten!
↓
Verbreite und empfehle unser Blatt!

Achtung!

ca. 6000 Stck. weiße Mahlsäcke besonders kräftiges und f. in. haltiges Spezialgewebe, bestes amerik. Rohmaterial für nur

78 Pfg. per Stück

Vorzüglich geeignet für Haushaltswäsche, Bettlaken, Zuggardinen usw. Ein Versuch bringt Nutzen und größte Ersparnis. Bei Nichtgefallen Zurücknahme garantiert. Versand per Nachnahme direkt an Private nicht unter 10 Stück. Bei 50 Stück Porto und Verpackung frei.

„Holsten" Textil-Versand, Lübeck
Wahmstr. 14

Wer nie inseriert Geld verliert

Epilepsie

Nervenleiden jeder Art — Fallsucht (seelische Leiden) — Magen-, Darm- und Nierenleiden — Hautausschläge — offene Beine — Krampfadern — Flechten — Wassersucht — Hals- und Lungenleiden — Rheuma — Gicht — Ischias — Gallensteine — Kopfschmerzen — Grippe — Schwindel — Kropf usw.

werden nach eigenen Erfahrungen mit nachweislich guten Erfolgen behandelt

Sprechstunden:
täglich von 9—12 Uhr und 3—6 Uhr nachmittags im Hause Franz Meister, Ohmstraße 4.

A. Wiegand, Fulda
Heilkundiger.

Täglich frisch gerösteter

Kaffee

Ia Qualität zu billigsten engros-Preisen direkt an Private.

Konsum-Mischung sehr gehaltvoll u. würzig Pfd. RM. 1.96
Perl-Mocca fein und kräftig Pfd. RM. 2.28
Hotel-Mischung extra fein Pfd. RM. 2.36
Arabischer Perl-Mocca vorzügliche Qualität Pfd. RM 2.68

Lieferung nur in Handtuchbeuteln, mindestens 4 Pfund einer Sorte. Bei 9½ Pfund portofrei. Verpackung wird nicht berechnet. Versand per Nachnahme.

„Holsten" Versand, Lübeck
Wahmstrasse 14

Trinkt Chabeso!